Breslauer Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 84. Sonnabend den 8. April 1848.

4. Breslau, 7. April.

Während einerseits die größten Anstrengungen gemacht werden, um das öffentliche Vertrauen zu befestigen, Handel und Gewerbe nicht weiter unter dem Drucke der sich überstürzenden Tagesereignisse in Sack und Asche trauern zu lassen, damit der Umlauf des Geldes nicht weiter gehemmt und dem kleinen Handwerker und Handarbeiter sein kärgliches Auskommen gesichert werde, wird andererseits nichts unterlassen, um das öffentliche Vertrauen noch mehr zu untergraben, die Tagesereignisse noch lärmender und bedrohlicher und damit für die Arbeitvertheiler die Zustände noch drückender und gefährlicher zu machen.

Bei der allgemeinen Gesinnungstüchtigkeit und der lobenswerthen Vorsorge der Männer, denen vorzugsweise das Loos der kleinen Handwerker und Handarbeiter, wie es den Anschein hat, warm am Herzen liegt, möchten wir diesen Männern in ernste Erwägung geben, ob es wohl und wahrhaft im Interesse ihrer Mandanten gehandelt ist, die ohnedies bis auf das Empfindlichste gestörten Gewerbe-Zustände statt sie zu beruhigen, durch schwer zu ergründende Maßnahmen gegen Ordnung und Gesetz noch mehr zu bedrohen. Die öffentlichen Provokationen über die Verwendung von 600 Mann Landwehr, so bereit wir auch sind, der in der Sonne vor dem Oderthore versammelten Gesellschaft jede Intelligenz und jede Berechtigung innerhalb der Räumlichkeit dieses Lokals, die Prüfung dieser Frage zuzugestehen, führen zur Anarchie, da eine definitive Entscheidung über Ausmarsch oder Verbleiben dieser Mannschaft nur dem kommandirenden General anheim gegeben werden kann.

Jene Gesellschaft war indessen darüber anderer Ansicht und hielt sich berechtigt und verpflichtet mit ihrem Beschluß die Stadt, die Behörden und den eben im Gang befindlichen Lätare-Markt zu alarmiren, den Letzteren mindestens gewiß zu ihrem Bedauern, da es bekannt wurde, daß den folgenden Tag viele Ein- und Verkäufer die Stadt verließen, wo sie, wenn auch vielleicht nur scheinbar, die Autoritäten und einzelnen Fractionen der Einwohner in so bedrohlichem, die Ruhe erschütterndem Zwiespalt sahen. Unfraglich wird die nächste Folge dieser nächtlichen Demonstrationen wieder eine Entlassung vieler fleißigen Arbeiter von Seiten der Arbeitgeber sein, da Gewerbetreibende und Fabrikanten durch den gestörten Marktverkehr der Mittel beraubt werden, in dem bisherigen schon sehr beschränkten Umfange zu arbeiten, und dennoch hat, wie sich dieses von selbst verstand, ganz wie der kommandirende General solches anzuordnen nöthig erachtete, die Landwehr ruhig und gesetzmäßig am 6. Morgens die Stadt verlassen.

Ihr Heißblutigen, wackere Männer unserer Stadt, denen eben so wenig die Berechtigung als die Befähigung zur Controlirung und Ueberwachung unserer Staatsregierung verkümmert und in Abrede gestellt werden soll, erwägt nur das Eine was jetzt zu erstreben ist: die Wiederkehr der gesetzlichen Autorität, ohne die unsere Freiheit unmöglich, die Ordnung der Gesellschaft unausführbar ist. Der Zusammentritt der preuß. National-Versammlung steht bevor, für jetzt haben die im Amte stehenden Minister dem Volke sich mit ihren Köpfen für ihre Maßnahmen verantwortlich gemacht, sie haben das Vertrauen des Volkes als Deputirte sich redlich erworben, ihre Gesinnungstüchtigkeit, ihre gesellschaftliche Stellung läßt einen Verdacht gegen die Aufrichtigkeit ihrer volksfreundlichen Absichten nicht zu, sollte es nicht gerathen, ja Pflicht jedes wohlmeinenden Preußen sein, den Grundstein, den jene Männer zu legen im Begriffe sind, nicht durch Mißtrauen und Erregungen weiter zu unterwühlen? In diesem Sinne und in dieser Ansicht gehen, wie wir vernommen, Adressen an unsere Communalbehörde, mögen sie dort und überall eine ruhige, vorurtheilsfreie Berücksichtigung finden.

K. Breslau, 7. April.

Die gestrige Stadtverordneten-Versammlung war eine der merkwürdigsten, welche Breslau gesehen hat. Ihr Hauptresultat war ein Protest der Stadtverordneten gegen die Meinung, welche die Stadt durch ihre letzte Deputation nach Berlin an dem Throne niedergelegt hatte. Der Antrag des Stadtverordneten Linderer in Betreff des Propositions-Dekrets über die Wahlen zur deutschen National-Vertretung gewann nur 5 Stimmen für sich *). Die Stadt Breslau hat sich also mit der Vornahme dieser Wahlen für einverstanden erklärt und ihren früheren Antrag auf Nichtberufung des Landtages desavouirt. Wir haben seit dem Erscheinen dieses Dekretes dasselbe unabläßig bekämpft. Wir könnten jetzt, nachdem Breslau gesprochen, die weitere Besprechung einstellen, da dieselbe für unsere Stadt wenigstens fruchtlos bleiben muß. Wir bekennen uns durch den Erfolg geschlagen, aber wir fühlen uns zu der bestimmten Erklärung gedrungen, daß wir bei der unausgesetzten und ruhigsten Erwägung aller der Gründe, welche für diese Art der Wahl in der Stadtverordneten-Versammlung geltend gemacht wurden, auch keinen Augenblick in unserer Ueberzeugung wankend gemacht worden sind. Es war nicht Oppositionssucht, es war das Gefühl einer heiligen Gewissenspflicht, es war das Bewußtsein einer festen Ueberzeugung, das Bewußtsein des redlichsten Willens, was uns die Feder in die Hand gab. Dieselben Gründe wirken noch ungeschwächt fort, und so lange sie nicht erschüttert werden, so lange können und werden wir nicht aufhören, die beabsichtigte Wahl zu bekämpfen.

Herr Gräff hat mit Wärme und Anstrengung den Linderer schen Antrag, welcher mit unseren bisher ausgesprochenen Ansichten im Wesentlichen übereinstimmte, bekämpft. Wir ehren jede Ueberzeugung, aber glauben das nicht besser thun zu können, als wenn wir ihr da, wo ihre Bethätigung zum Unheil zu führen scheint, entschieden gegenüber treten.

Herr Gräff hat geglaubt, daß der Linderersche Antrag ein Mißtrauen gegen das Ministerium ausspreche, und dieses zum Rücktritt zwingen müsse. Er hat geglaubt, daß man diesem Ministerium volles Vertrauen schenken muß, zumal wir ein anderes nicht haben können. — Wir stimmen dem Grundsatze bei, die Folgerung müssen wir bekämpfen.

Wir kennen ebenfalls kein Ministerium, was an die Stelle des jetzigen treten könnte und würden aus diesem Grunde seinen Rücktritt aufs Tiefste bedauern. Aber wir glauben nicht, daß in dem gestellten Antrage ein Grund zum Rücktritt lag. Die sogenannten Kabinetsfragen, von deren Entscheidung in konstitutionellen Staaten die Existenz der Ministerien abzuhängen pflegt, sind in der Regel Prinzipienfragen. Wir haben nicht geglaubt, daß das Ministerium Camphausen aus Prinzip die Wahlen zur deutschen National-Vertretung durch den Landtag vollzogen wissen wolle. Wir haben geglaubt, daß dasselbe grundsätzlich die Nothwendigkeit anerkenne, daß die Vertretung des preußischen Volkes am Bundestage eine wahre Volksvertretung sein solle, und daß der von dem Ministerium angeordnete Wahlmodus nur im Drange der Umstände und aus Gründen der Nützlichkeit getroffen worden sei. Wir haben das geglaubt und glauben es noch, und wenn wir daher gegen diese Art der Wahlen uns entschieden aussprachen, ohne doch ein anderes Ministerium wünschen zu können, so glauben wir, war unsere Forderung kein Akt des Mißtrauens, sondern ein Beweis des höchsten Vertrauens. Aber die Annahme, daß das Ministerium zurücktreten werde, wenn die von ihm in der Eile und im Drange vielseitiger Geschäfte vorgeschlagene Ausführung des Wahlgeschäftes vom Lande gemißbilligt werde, kann und wird auf das Mißtrauen zurückgeführt werden, daß das Ministerium grundsätzlich keine Volksvertretung, sondern nur die alte Ständevertretung wolle. Wäre diese Annahme, die wir für entschieden irrig halten, begründet, dann, wir gestehen es, würde uns der Rücktritt des Ministeriums Camphausen völlig gleichgiltig lassen, ja wohl gar wünschenswerth erscheinen. Es wäre das Ministerium nicht, wofür unser Vertrauen es bisher gehalten.

Herr Gräff hat ferner auf die Gefahr hingewiesen, daß Preußen am Bundestage nicht vertreten sein würde, wenn nicht der vereinigte Landtag die Wahlen vornehmen dürfe. Wir geben zu, daß die preußische Nationalversammlung bis zum 1. Mai nicht wird zusammen treten können, wenngleich wir glauben, daß bei möglichster Beschleunigung der Urwahlen der Termin höchstens einige Wochen über den 1. Mai hinausrücken dürfte. Wir sind aber der Ueberzeugung, daß, wenn nicht überhaupt in Deutschland die Absicht vorherrscht, Preußen von dem Bunde auszuschließen, die übrigen deutschen Staaten sich zweifellos dazu verstehen werden, den Zusammentritt der deutschen National-Vertretung bis zur Vollziehung der Urwahlen in Preußen zu verschieben. Wird dieser Aufschub nicht gewährt, so ist das der sicherste Beweis, daß eine Vereinigung des ganzen Deutschlands überhaupt unmöglich ist. Wir halten eine solche Verzögerung auch nicht für allzugefährlich. So dringend auch das Bedürfniß einer möglichst raschen Consolidirung der deutschen Verfassung ist, so liegt doch jetzt wenigstens noch kein spezieller Fall vor, welcher den Zusammentritt der deutschen Nationalvertretung gerade zum 1. Mai unumgänglich nothwendig macht. Sollte ein solcher Fall eintreten, dann ist es Zeit, alle Bedenken schwinden zu lassen, und dann werden sich rasch Männer des Vertrauens in Frankfurt zusammenfinden, und die Nation wird im Drange der Umstände gern auf formelle Wahlen verzichten, deren Entziehung ihr in der gegenwärtigen Lage als eine absichtliche Beeinträchtigung erscheinen muß. Wir setzen mit Herrn Gräff unsere ganze Hoffnung auf den Bundestag (natürlich die National-Vertretung mit inbegriffen), wir wünschen mit Herrn Gräff seine baldige neue Constituirung, und glauben ebenfalls, daß wir erst nach Lösung dieser Frage auf eine dauernde Beruhigung Deutschlands hoffen dürfen. Aber wir hegen diese Hoffnung nur unter der Voraussetzung, daß eine wahre National-Vertretung bei dieser Constituirung mitwirke. Halten wir auch die Verzögerung der definitiven Entscheidung für ein Uebel, so scheint uns doch eine falsche Entscheidung ein noch größeres. Haben wir zwischen diesen beiden Uebeln, einer Verzögerung des Zusammentritts der National-Vertretung und einer falschen und schlechten National-Vertretung nur allein die Wahl, so wählen wir unbedenklich das erstere. Eine falsche und schlechte National-Vertretung ist es aber, wenn sie preußischerseits vom vereinigten Landtage gewählt wird. Herr Gräff hat uns zwar auf die freisinnige Weise hingewiesen, mit welcher der Landtag die ihm vorgelegten Propositionen erledigt. Wir wollen auch sogar zugeben, daß derselbe wirklich geeignete Männer wählen kann. Nichtsdestoweniger halten wir eine vom Landtage gewählte National-Vertretung unter allen Umständen für eine falsche und schlechte, halten ein auf diese Weise gebildetes deutsches Parlament für ungeeignet, die Beruhigung Deutschlands herbeizuführen. Der Grund ist folgender: Die Ansichten der vortrefflichsten Männer können mißdeutet und bekämpft werden. Mag also die Frankfurter Versammlung aus den auserlesensten Staatsmännern bestehen, so sichert ihr das immer noch nicht die Anerkennung der deutschen Nation. Es kommt nicht bloß darauf an, was es für Männer sind und welchen Werth ihre Beschlüsse haben, es kommt

*) S. den Kommunalbericht unter der Rubrik „Lokales.“

darauf an, daß in der Art ihrer Wahl eine **Garantie** dafür liege, daß sie den Volkswillen vertreten. Wäre das nicht ein richtiger Grundsatz, so wäre das Prinzip der Volksrepräsentation an und für sich ein falsches und unsinniges, so müßten wir eine absolute Monarchie, wenn sie nur das Rechte thut, für eben so gut halten. Auf Erlangung einer Volks-Repräsentation ist aber der ganze Kampf der Gegenwart gerichtet gewesen. Wollen wir die neue Epoche mit der totalen Verletzung des eben durchgekämpften Grundsatzes beginnen? Wollen wir, nachdem uns das bloße Vertrauen so lange getäuscht hat, wieder Vertrauen an die Stelle von Garantien setzen? Wollen wir ferner die Verfassung des ganzen deutschen Vaterlandes für eine minder wichtige Sache halten, als die Verfassung Preußens? Das thun wir aber, wenn wir verlangen, daß die preußische Verfassung nur durch eine aus Urwahlen hervorgegangene National-Versammlung festgestellt werde, wenn wir gegen die Berathung dieser Verfassung durch den Landtag, wie wir gethan haben, protestiren, und doch zugeben, daß dieser zur Berathung unserer Verfassung unfähige Landtag unsere Vertretung zur Feststellung der deutschen Verfassung bestelle. Eine solchen Mißachtung unseres Gesammtvaterlandes, eine solche beiläufige Behandlung der gemeinsamen deutschen Angelegenheiten dürfen und können wir nicht wollen, nachdem der König erklärt hat, daß Preußen in Deutschland aufgehen solle.

Und nun noch einen letzten Grund, warum wir von einer so beschaffenen Versammlung die Beruhigung Deutschlands nicht erwarten. Deutschland kann nur zur Ruhe kommen, wenn es einig wird. Die Spannung zwischen Süddeutschland und Norddeutschland, namentlich Preußen, kann unmöglich länger verdeckt werden. Diese Spannung ist weniger gegen das preußische Volk, als gegen das frühere Regierungs-System gerichtet, an dessen vollständige Beseitigung man immer noch nicht glaubt. Es war hauptsächlich das **ständische Prinzip** Preußens, im Gegensatz zu dem **Repräsentativ-Prinzip** der süddeutschen Staaten, welches die Spannung zwischen beiden Theilen nährte. Kann man unter solchen Umständen auch nur einen Schimmer von Hoffnung hegen, daß eine Vereinigung zwischen den süddeutschen **Volksrepräsentanten** mit den Abgeordneten der preußischen **Landstände** möglich sein werde?

Weil wir also jede deutsche National-Vertretung unmöglich glauben, wenn nicht auch von Preußen wahre Volksvertreter hineingewählt werden, weil wir jede andere Versammlung zur Einigung Deutschlands für durchaus fruchtlos halten, müssen wir von allen Bedenklichkeiten absehen und fort und fort auf eine Vertretung Preußens durch wahre Volksvertreter dringen. Wir können und werden nicht eher ruhen, als bis diese Forderung erfüllt, oder die Unmöglichkeit ihrer Erfüllung evident geworden ist.

Nachschrift.

Nachdem der Satz des vorstehenden Artikels bereits geordnet war, kam uns erst die unten folgende Adresse des Magistrats und der Stadtverordneten zu Gesicht (s. zweite Beilage). — Durch die Fassung, welche diese auf Grund des von **Gräff** gestellten Antrages entworfene Adresse trägt, ist die Desavouirung der früheren Anträge auf Nichteinberufung des vereinigten Landtages zu unserer Freude vermieden worden. Der Eindruck der Verhandlungen, die Motive, mit denen Herr Gräff den **Lindererschen** Antrag bekämpfte, die Stimmung der Stadtverordneten, wie sie in mehrfachen Exklamationen sich Luft machte, mußten uns zu der Auffassung führen, welche unserem Artikel zu Grunde liegt. Daß diese Auffassung nicht leichtfertig angenommen wurde, darüber berufen wir uns auf das Referat über die Sitzung und appelliren an die Zuhörer, ob nicht der größere Theil unsere Auffassung theilte. War sie irrthümlich, so ist das ein Irrthum, den wir gern und freudig bekennen.

Inland.

Berlin, 6. April. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Das erledigte Präsidium bei dem Ober-Landesgericht zu Ratibor einstweilen dem bisherigen Staats-Anwalt beim Kammergericht, Geheimen Justizrath **August Wentzel**, zu übertragen; und den wirklichen geheimen Rath v. **Frankenberg-Ludwigsdorff** zu Posen auf seinen Antrag seiner Stellung als Chef-Präsident des Ober-Appellationsgerichts und des Ober-Landesgerichts daselbst zu entheben und ihn zur Disposition zu stellen.

Nach einer heute eingegangenen Mittheilung der königlich dänischen General-Post-Direktion wird das zu der **Seepost-Verbindung** zwischen **Kopenhagen** und **Stettin** bestimmte dänische Dampfschiff „Geiser" gegenwartig zum Dienst in der dänischen Marine verwendet. Die gedachte Verbindung kann demnach bis auf Weiteres nicht stattfinden. — Berlin, den 6. April 1848. — General-Post-Amt.

Angekommen: Se. Durchlaucht der General der Infanterie und General-Gouverneur von Neu-Vorpommern, Fürst zu **Putbus**, von Stettin. — **Abgereist**: Der Ober-Präsident der Provinz Preußen, **von Auerswald**, nach Königsberg in Pr.

Wir haben bereits gestern die in dem neuesten Stück der **Gesetz-Sammlung** publizirte **provisorische Verordnung, die Aufhebung der Mahlsteuer und deren Ersatz durch eine direkte Steuer betreffend**, mitgetheilt. Heute sind wir in den Stand gesetzt, die **dieser Verordnung zu Grunde** liegenden Motive durch Veröffentlichung des über dieselbe von Seiten des Staats-Ministeriums an des Königs Majestät erstatteten Berichts zur Kenntniß unserer Leser zu bringen. Dieser Bericht lautet:

Die in der Entwickelung begriffene Umgestaltung der Staats-Verfassung bedingt eine anderweite Regulirung des bestehenden Abgabenwesens. Diese Regulirung wird es sich vorzugsweise zur Aufgabe zu machen haben, die auf der minder wohlhabenden Klasse der Nation ruhende Steuerlast zu erleichtern. Von einer dereinstigen ruhigeren Gestaltung der inneren und äußeren Verhältnisse der Monarchie ist zu hoffen, daß diese Aufgabe ohne eine gleichzeitige allgemeine Erhöhung der von dem wohlhabenden Theil der Bevölkerung zu zahlenden Abgaben zu lösen sein wird.

Ew. königl. Majestät Fürsorge hat diese Aufgabe schon früher ins Auge gefaßt. Der dem ersten vereinigten Landtage vorgelegte Entwurf eines Gesetzes wegen Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, Beschränkung der Klassensteuer und Einführung einer Einkommensteuer hatte den Zweck, durch gleichmäßigere Vertheilung der von der Nation zu entrichtenden Steuern den Beitrag der weniger Wohlhabenden zu den Staatslasten zu vermindern. Nachdem dieser Entwurf die ständische Zustimmung nicht gefunden hat, werden nach Ew. königl. Majestät allerhöchsten Bestimmung der künftigen Volksvertretung neue, zu demselben Ziele führende Vorschläge vorzulegen sein, mit deren Berathung sich das Staats-Ministerium, sobald es die Umstände gestatten, beschäftigen wird.

Dringende Verhältnisse machen es indessen rathsam, schon jetzt eine Maßregel zu ergreifen, welche die Möglichkeit gewährt, die von Ew. königl. Majestät beabsichtigte Steuer-Ausgleichung da, wo es ein unmittelbares Bedürfniß erfordert, vorläufig und insoweit eintreten zu lassen, als dies ohne Zustimmung der Volksvertretung zulässig ist.

Durch die in den meisten größeren Städten der Monarchie zur Erhebung kommende Mahl- und Schlachtsteuer wird der dieser Steuer unterworfene Theil der Bevölkerung in stärkerem Maße belastet, als der klassensteuerpflichtige Theil der Nation. Zugleich trifft die Mahlsteuer, welche beinahe zur Hälfte ihres Ertrags durch die Abgabe vom Roggenmehl gebildet wird, in einem nicht richtigen Verhältniß den Verbrauch der minder wohlhabenden Klassen. Diese Ungleichheit wird doppelt drückend in einer Zeit, wo die im Verkehr eingetretene und in den größeren Städten, den Sitzen des Handels und Gewerbfleißes, besonders fühlbare Stockung die Gelegenheit zum Erwerbe für die arbeitenden Klassen verringert hat.

Das Staats-Ministerium ist der Ueberzeugung, daß hierin eine alsbaldige Abhülfe dringend Noth thue. Diese Hülfe kann, ohne den Befugnissen der Volksvertretung zu nahe zu treten, darin gefunden werden, daß in denjenigen Städten, welche darauf antragen, die Mahlsteuer aufgehoben und bis auf Höhe von zwei Drittheilen ihres bisherigen Ertrages durch eine direkte Steuer ersetzt wird, deren Form der Wahl der einzelnen Kommunen überlassen bleibt, und welche von den letzteren als ein Kontingent an die Staatskasse abzuführen ist.

Daß nur die Aufhebung der Mahlsteuer und nicht zugleich der Wegfall der Schlachtsteuer ins Auge gefaßt wird, findet seine Rechtfertigung einerseits in dem Umstande, daß die Schlachtsteuer vorzugsweise auf dem Verbrauch der wohlhabenderen Klassen ruht, andererseits darin, daß die durch die jetzigen außerordentlichen Verhältnisse herbeigeführte Vermehrung der Staats-Ausgaben nicht gestattet, eine größere Erleichterung zu gewähren, bevor nicht der Ersatz des Ausfalls in anderweiter Art völlig gesichert ist. So wenig, als eine solche Ausdehnung der Maßregel würde ferner deren Beschränkung auf die Aufhebung der Steuer vom Roggenmehl rathsam sein, da hierdurch der beabsichtigte Erfolg gefährdet und mancherlei Schwierigkeiten bei der Ausführung hervorgerufen werden würden.

Durch den Erlaß eines Drittheils von dem bisherigen Mahlsteuer-Ertrage wird die Steuer-Ausgleichung zwischen dem mahl- und schlachtsteuerpflichtigen und dem klassensteuerpflichtigen Theile des Landes angebahnt werden.

Darüber, daß der Ersatz der für die Staatskasse festzuhaltenden zwei Drittheile des Ertrages der Mahlsteuer durch eine direkte Steuer zu beschaffen sei, wird, im Hinblick auf die Berathungen über die diese Frage betreffenden, oben erwähnten Vorlagen an den ersten vereinigten Landtag ein Zweifel nicht obwalten können. — Es wird nur dafür zu sorgen sein, daß die arbeitenden Klassen von dieser Steuer befreit bleiben, da der Zweck der Maßregel eben dahin geht, die Lage dieser Klassen zu erleichtern. Eine Bevorzugung der städtischen Arbeiter-Bevölkerung vor dem der Klassen-Steuer unterliegenden Arbeiterstande des klassensteuerpflichtigen Landes ist hierin nicht zu finden, da jene nach wie vor der Schlachtsteuer unterworfen bleibt und damit durchschnittlich in demselben Verhältniß zu den Staatslasten herangezogen wird, als diese durch die Klassen-Steuer.

Die Wahl der Form für die zu erhebende direkte Steuer den einzelnen Kommunen zu überlassen, empfiehlt sich aus mehr als einem Grunde. Zunächst durch den bei einer provisorischen und rasch durchzuführenden Maßregel doppelt erheblichen Vorzug der leichten Ausführbarkeit. In der Mehrzahl der mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städte bestehen bereits direkte Kommunal-Steuern, an welche sich die neue Steuer mit Leichtigkeit anschließen läßt; wo dergleichen noch nicht bestehen, wird die Erhebung einer den besonderen Verhältnissen des Orts angepaßten Steuer weit weniger Schwierigkeiten finden, als die Einführung einer Steuer, deren Form auf einer die Berücksichtigung dieser besonderen Verhältnisse ausschließenden allgemeinen Anordnung beruhen würde. Sodann werden auf diesem Wege alle Bedenken gegen die staatsrechtliche Zulässigkeit der Maßregel vermieden, da die Ersatzsteuer für die Mahlsteuer als ein von jeder einzelnen Stadt für sich und in der ihr angemessen scheinenden Form aufzubringendes Kontingent behandelt wird; sie erhält dadurch den Charakter einer nach § 13 des Gesetzes über die Einrichtung des Abgabenwesens vom 30. Mai 1820 allein von der Entschließung der Kommunen und der Genehmigung des Staates abhängigen Kommunal-Steuer.

Es bleibt endlich zu erwägen, daß es Städte geben kann, denen es nicht wünschenswerth erscheint, die Mahlsteuer aufgehoben und durch eine direkte Steuer ersetzt zu sehen. Es würde den Grundsätzen der Billigkeit nicht entsprechen, die Arbeiter-Bevölkerung solcher Städte von den Vortheilen auszuschließen, welche diesem Theile der Bevölkerung in denjenigen Städten zu Gute kommen werden, deren Verhältnisse die sofortige Aufhebung der Mahlsteuer gestatten. Zur Vermeidung dieser Unbilligkeit bietet sich der Ausweg dar, daß in solchen Städten die Mahlsteuer zwar wie bisher forterhoben, jedoch ein Drittheil des Rohertrages derselben der städtischen Behörde behufs Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen durch Ausführung öffentlicher Arbeiten oder auf andere den Lokal-Verhältnissen entsprechende Weise überwiesen wird.

Bei Ew. königl. Majestät trägt das Staats-Ministerium allerunterthänigst darauf an:

> Die vorstehend entwickelten Maßregeln allergnädigst genehmigen und die zu diesem Zweck im Entwurf beigefügte Verordnung huldreichst vollziehen zu wollen.

Berlin, den 3. April 1848.

Das Staats-Ministerium.

(gez.) Camphausen. Graf von Schwerin. von Auerswald. Dr. Bornemann. von Arnim. Hansemann. von Reyher.

An des Königs Majestät.

> **Berlin**, 5. April. Sollte, was kaum denkbar, hier auch noch die kleinste Störung der Ruhe vorfallen, so ist lediglich und allein die reactionäre Partei mit ihrer übertriebenen Aengstlichkeit, mit ihren selbstsüchtigen Anfeindungen der freien Meinung daran schuld, wenn sie ihre durch das Hazardspiel der Börse zusammengewürfelte, nicht durch würdige Thätigkeit erworbene Habe gefährdet glaubt. Die Revolution hat das Eigenthum eher sicherer gestellt, als unsicher gemacht. Einzelne haben mit der gemeinsten Gesinnung den Haufen gegen jüdische Kleiderhändler hetzen wollen, es ist aber diese erbärmliche Absicht an der Erhebung, die sich jetzt im Volke geltend macht, gescheitert. Ein Plebejer äußerte einem solchen Aufhetzer: die Juden haben **mit** uns für die Freiheit geblutet, nun sollen sie nicht **durch** uns bluten! Eben so tückisch sind die Umtriebe gegen den politischen Klubb und gegen die Lesehalle. Es ist den würdigen Commercianten wirklich gelungen, die Lesehalle in Berlin um 150 Abonnenten zu schwächen. Welche Mittel man dabei nicht verschmähte, geht daraus hervor, daß im Namen eines Gastwirths das Blatt abbestellt wurde, ohne daß dieser etwas davon wußte. Der Andrang neuer auswärtiger Abonnenten zur Lesehalle ist dagegen so bedeutend, daß der Besitzer glänzend entschädigt wird. Möchten doch diese gefährlichen gefährdeten Geldmänner ruhig überlegen, daß Handel, Industrie und Kredit durch die Machinationen des Despotismus, durch das Einsaugesystem des Geldes in die Staatskassen so tief gesunken sind, und daß nur die freiesten Institutionen dieses Elend zu heben vermögen. — Von dem Vandalismus des Militairs gegen die Bürger am 18. und 19. März hört man täglich neue, alle Menschenwürde zerfleischende Schaudergeschichten. Man will jetzt für die einzelnen Ruchlosen eine, freilich nur sehr geringe Milderung des Verbrechens darin finden, daß den Soldaten aller Branntwein für drei Tage auf ein Mal gegeben worden. Um so größer erscheint die Schuld Derer, die sich dieses Mittels bedienten, um die Söldlinge in besinnungsloser Wuth gegen ihre Brüder zu hetzen. — Mit Nächstem erscheint hier ein **Censoren-Album**, welches höchst erbauliche Geschichten aus den bisher nothgedrungenen Geheimnissen dieser Gedanken-Inquisition zu Tage fördern wird. Das erste Heft wird mit dem Bildnisse des bisherigen Censors, Herrn v. **Mörner**, der sein Amt mit besonders warmem Eifer verwaltete, geschmückt sein. — Das bedeutendste Werk, das die Preßfreiheit bis jetzt in Deutschland zu Tage gefördert, ist: **Victor von Titus Ulrich.** Wenn der Raum dieser Blätter weniger von politischen Tagesfragen gedrängt sein wird, widme ich diesem reichen Schatze an poetischen und philosophischen Gedanken eine ausführliche Würdigung.

Z. **Berlin**, 6. April. Die Bewegungen unter unsern Arbeitern treten neuerdings in verstärkterem Grade hervor. Gestern Nachmittag verbreitete sich das Gerücht, die Arbeiter der Goldschmidt'schen Kattunfabrik hätten sich gewaltsam gegen ihren Brotherrn aufgelehnt, um von demselben unter Drohungen aller Art höhere Lohnsätze zu erbitten. Mehrere Abtheilungen der Bür-

gergarde wurden an den Schauplatz der Begebenheiten in der Köpnickerstraße entsendet, um etwa zu fürchtenden Excessen vorzubeugen. Als sie ankamen, ward ihnen die Kunde, daß bereits eine Einigung zwischen dem Fabrikanten und seinen Arbeitern dahin stattgefunden habe, daß letztere fortan wöchentlich eine Zulage erhalten sollten. Gegen 8 Uhr gestern Abend sammelten sich größere Massen von Arbeitern auf dem Schloßplatz und unter den Linden. Dieselben waren zum Theil mit Piken, alten Gewehren und Säbeln bewaffnet. Unter Lärm und Geschrei zogen sie aus dem Brandenburger Thore den Zelten zu, wo eine Versammlung abgehalten wurde. Auch hier fanden sich einige Abtheilungen Bürgergarde ein, um etwaigen Ruhestörungen zu begegnen. — Die freisinnige Auffassung des Wahl-Gesetzes von Seiten des Landtages hat dem künftigen Verfassungsbau eine Grundlage gegeben, welche in ihrer Breite allen Interessen der verschiedensten Klassen der Bevölkerung ihre Vertretung sichert. Die Finanzvorlage, welche dem Landtage gestern gemacht wurde, hat im ersten Augenblick in der hiesigen Bevölkerung Ueberraschung bereitet. Doch söhnt man sich mit derselben mehr und mehr, besonders auch aus dem vom Finanzminister mit viel Klarheit entwickelten Gesichtspunkte aus, daß es nur darauf ankomme, durch Herbeischaffung von Geldmitteln zu zeigen, daß Kräfte genug vorhanden seien, den Uebelständen der Gegenwart nachhaltig zu begegnen, um das thörichte Mißtrauen der Zaghaften zu verscheuchen und die der Circulation entzogenen Capitalien wieder flüssig zu machen. — Zur Ergänzung meines gestrigen Berichts über die dritte Sitzung des verein. Landtages muß ich nachträglich mittheilen, daß der Abgeordnete Bornemann aus Liegnitz im Namen seiner Committenten mit der Erklärung auftrat, daß er sich durchaus für inkompetent halte, auf weitere Vorlagen, außer dem Wahlgesetze, einzugehen. Der Marschall suchte dieser Erklärung damit auszuweichen, daß er meinte, der Redner spreche nur von seiner Inkompetenz und nicht von der des verein. Landtags; er könne dies also auch nicht als eine Aufforderung zur Inkompetenzerklärung desselben betrachten. Wiewohl sich nun auf einmal viele Stimmen durcheinander für die Inkompetenzerklärung hören ließen, so wurde doch die Rede des Ministerpräsidenten Camphausen, in welcher er die Gesetzmäßigkeit des Verfahrens nachzuweisen bemüht war, mit vielem Beifall angenommen. Herr Siebig mahnte hierauf noch zur schleunigsten Wahl der Abgeordneten zum deutschen Parlamente.

Die hier in Berlin zusammengetroffenen Deputationen der deutschen Einwohner der Provinz Posen haben sich — „wegen Beseitigung des aufgeregten Zustandes derselben" — zu einer gemeinschaftlichen Berathung geeinigt.

Davon ausgehend, daß die Reorganisation der Provinz mit der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung beginnen müsse, sind sie übereingekommen, der Staats-Regierung folgende Vorschläge vorzulegen.

1) Es möge sofort eine Proklamation erlassen werden, in welcher zu erklären ist:
   a. daß die Provinz Posen nicht vom preußischen Staate getrennt werden soll;
   b. daß Institutionen stattfinden, welche die Nationalität der Deutschen, als der Polen achten, und die Religion sämmtlicher Einwohner der Provinz beschützen;
   c. daß alles, was die National-Comités bis jetzt gethan, als ungesetzlich aufgehoben sei, und daß diese, so wie alle übrigen Comités für aufgelöst erklärt werden;
   d. daß die in Posen zusammengetretene Reorganisations-Kommission, als die Interessen der Betheiligten nicht vertretend, aufgelöst und erst dann wieder neu eingesetzt werden solle, wenn die Ruhe der Provinz vollständig wieder hergestellt worden;
2) diese Proklamation möge durch, in einen jeden Kreis abzuordnende Kommissarien, wozu aber die Landräthe nicht verwendet werden dürfen, den Gemeinden auch mündlich bekannt gemacht werden;
3) es sei sofort ein königl. Kommissarius zur Herstellung der Ordnung und Ausführung der angekündigten Reorganisation abzusenden;
4) sämmtliche vertriebene Beamten dürften wenigstens bis dahin vorläufig wieder einzusetzen sein;
5) die Landwehr aller Kreise der Provinz sei einzuberufen, damit sich die königl. Regierung von der Treue, auch der polnischen Einwohner überzeuge und der nach Trennung vom preußischen Staate strebende Adel enttäuscht werde;
6) zur Herstellung der Ordnung in der Provinz sind hinlängliche Truppen zusammen zu ziehen und namentlich auch an der russischen Grenze aufzustellen, um beabsichtigte Provokationen Rußlands zu verhüten;
7) die Truppen sind möglichst als Garnisonen in die kleinen Städte zu verlegen, damit sich die für Aufrechthaltung der Ordnung gestimmte Bevölkerung ihnen anschließen könne.

Die Deputationen haben diese Vorschläge dem inzwischen ernannten Reorganisations-Kommissarius, Herrn General v. Willisen, überreicht, der dieselben nicht nur billigte, sondern auch die Versicherung ertheilte, daß die nationalen Interessen der deutschen Bewohner der Provinz durch die Reorganisation auch nicht im Geringsten gefährdet werden sollen.

Die Deputirten der deutschen Kreise im Großherzogthum Posen überreichten am 3. April einem hohen Staats-Ministerio nachfolgende durch Berufung auf örtliche Verhältnisse vollständig motivirte Petitionen:

1) Schon jetzt die Trennung derjenigen Landestheile von der Provinz Posen, welche sie der Regierung in einer auf der Karte verzeichneten Grenze bezeichnen werden (unter andern gehört hierher der Fraustädter, Kröbner, Meseritzer und Wollsteiner Kreis), in administrativer Beziehung sofort zu veranlassen; dieselben von der beabsichtigten Reorganisation auszuschließen, und eine bestimmte Erklärung darüber abzugeben: daß von Seiten der hohen Staats-Regierung Alles geschehen werde, um die Aufnahme derselben in den deutschen Bund so schleunig wie möglich herbeizuführen.

Wir halten, heißt es hierzu, diesen Antrag um so nothwendiger, als durch diese Kreise die Hauptwasser-Verbindung zwischen den Ostseeprovinzen und dem Herzen Deutschlands, so wie die große deutsche Militärstraße führt, an deren äußersten Grenze die wichtigsten Punkte unserer Vertheidigungslinie liegen; wir halten ihn um so mehr gerechtfertigt, als wir in der Vereinigung mit dem deutschen Bunde die sicherste Garantie für unser Volksthum und für unsere unauflösliche Verbindung mit Deutschland finden.

2) Daß keine Entscheidung über diese Frage früher gefaßt werde, als bis die gesammten Bewohner der einzelnen Kreise und zwar in einer, die wahre Meinung der Gesammtheit darlegenden Art, darüber abgestimmt haben, ob sie die Trennung von dem preußischen und Staats-Verbande verlangen oder nicht!

(Folgen die Unterschriften.)

Aus zuverlässiger Quelle können wir mittheilen, daß das Ministerium auf diese Petitionen einen durchaus nicht ungünstigen Bescheid gegeben hat.

Durch eine gestern hier eingetroffene Deputation sind dem Minister von Auerswald Petitionen folgender Gemeinden des Großherzogthums Posen überreicht worden:

1) von der Stadt Kwieciscewo, 2) von der Stadt Gembic, 2) v. d. Stadt Strzelno, 4) v. d. Kolonie Bielzko, 5) v. d. Dorf Zbytowo, 6) v. d. Kol. Cienszisko, 7) v. d. Kol. Stodoly, 8) v. d. Kol. Gr. Slawzk, 9) v. d. Kol. Kl. Slawzk, 10) v. d. Kol. Cierchrz, 11) v. d. Kol. Wlostowo, 12) v. d. Gemeinde Krummknie, 13) v. d. Dorf Stodoly, 14) v. d. Dorf Ziącz, 15) v. d. Dorf Chrosno, 16) v. d. Dorf Rzeczyn, 17) v. d. Dorf Sierakowo, 18) v. d. Dorf Cierchrz, 19) v. d. Dorf Sierniki, 20) v. d. Dorf Markowice.

Die Unterzeichner derselben sind zum größten Theile polnische Bürger und Bauern. In mehreren Dorfgemeinden haben die polnischen Bauern Geld zusammengeschossen, um eine Deputation ihrer Nation und ihres Standes hierher zu senden, die persönlich ihre Petitionen überreichen soll.

In sämmtlichen Petitionen ist die Erklärungen enthalten:

Daß die Unterzeichner ihre bürgerliche Selbstständigkeit und ihren Wohlstand ihrer Verbindung mit Preußen verdanken, sie daher preußisch bleiben wollen und eine Veränderung ihres Rechtszustandes, sowie eine Reorganisation im Sinne des polnilchen Adels, nicht verlangen. Sie bitten ansdrücklich, bevor irgend eine Maßregel ergriffen würde, welche eine Veränderung ihrer gegenwärtigen Verhältnisse bezweckt, den Willen der Einwohner durch Abstimmung — Mann für Mann — ermitteln zu lassen.

Diese Thatsachen, die, da sich die darüber sprechenden Dokumente in den Händen der Herren Minister befinden, nicht bezweifelt werden können, bedürfen keines Commentars.

(Voß. Z.)

Die Deputation des konstitutionellen Clubs begab sich heute früh 9 Uhr zum Herrn Minister Camphausen und übergab demselben im Auftrage des Clubs den gestern beschlossenen Antrag: auf Erlaß einer energischen Protestation zu Gunsten der deutschen Bewohner des Großherzogthums Posen, wonach die hauptsächlich von Deutschen bewohnten Posenschen Landestheile niemals von Preußen getrennt werden sollten, die übrigen dagegen erst dann einer Trennung entgegensehen könnten, sobald die Verhältnisse Polens, Rußland gegenüber, gänzlich geordnet seien. Der Hr. Minister erklärte, wie man Seitens des Ministerii einen bestimmten Beschluß hierüber noch nicht mittheilen könne, indem vorläufig von einer auch nur theilweisen Lostrennung der Provinz Posen noch gar nicht die Rede sei; man habe zwar früher sich mit dem Gedanken beschäftigt, bereits jetzt behufs nationaler Organisation eine Demarcations-Linie zwischen den überwiegend deutschen und überwiegend polnischen Theilen der Provinz zu ziehen, sei doch unter den gegenwärtigen Umständen davon zurückgekommen. Der Hr. Minister sprach seine Theilnahme für die deutschen Bewohner der Provinz Posen entschieden aus, erklärte sich einverstanden mit den Bestrebungen sowohl des konstitutionellen Clubs als der übrigen Versammlungen, welche die Kräftigung des deutschen Elementes in der Provinz Posen zum Gegenstand hätten, und versprach schließlich, den Antrag der Deputation des Clubs dahin in Ueberlegung zu nehmen, daß er zur Erreichung des Zweckes die Form zu finden bemüht sein werde, welche geeignet sei, jeden politischen Konflikt zu vermeiden.

Wir beeilen uns, dies zur Kenntniß unserer Committenten zu bringen.

Die Deputation des konstitutionellen Clubs.
Crelinger, als Sprecher. v. Dazur. E. Kossak.
Dr. Küttge. Wilh. Jordan. L. K. Aegidi.

Aus der Gegend von Merseburg ist eine Deputation des Bauernstandes hier eingetroffen und hat S. E. dem Minister v. Auerswald eine Petition überreicht, worin dieselben um die Aufhebung vieler auf dem bäuerlichen Stande ruhenden Frohnen und andere Lasten antragen, deren rechtliches Bestehen nicht einmal nachzuweisen ist. Es ist sehr lobenswerth, daß diese Männer den gesetzlichen Weg eingeschlagen haben, um eine Abhülfe von ihren Beschwerden zu erlangen. — In der gestrigen Sitzung des politischen Klubbs berichtete zunächst der Präsident, Hr. Jung, über ein gegen diesen Klubb am Abende des 1. April beabsichtigtigtes Attentat. Ein Haufe von mehreren hundert Arbeitern sei theils durch Geld förmlich angeworben, theils durch treulose Vorspiegelungen, als werde hier von einigen Juden und Emissären das Volk zu neuen Unruhen aufgereizt, und so eine immer größere Stockung der Arbeiten veranlaßt, dazu verleitet worden, nach dem Mehlhause aufzubrechen, um den Klubb aufzuheben. Er sei jedoch zu spät gekommen, und so ein Ereigniß ungeschehen geblieben, welches Berlin vor allen freien Völkern entwürdigt und die neu errungene Freiheit aufs äußerste geschändet haben würde. Uebrigens sei bereits eine Untersuchung eingeleitet und ein betheiligter Hauptmann der Bürgerwehr habe seine Entlassung eingereicht. Hierauf las Herr v. Brand eine Adresse an das Posener Comité, in welcher, neben dem Ausdrucke der fortdauernden lebhaftesten Sympathie für die polnische Sache, welche Deutschland auch durch die That zu bekräftigen bereit sei, die Rechte der deutschen Bevölkerung des Großherzogthums dem Comité dringend ans Herz gelegt werden. Diese Adresse wurde angenommen, nachdem noch Herr Cybulski vom Posenschen Comité für die gegenwärtige Gemeinsamkeit der Interessen beider Nationen und für ihre Verbrüderung sich entschieden erklärt hatte. Die weitere Verhandlung betraf das neue Wahlgesetz. Fast alle Redner sprachen für Aufhebung der darin noch enthaltenen Beschränkungen und besonders auch für die direkte Wahl. Die Debatte wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt. — Der sogenannte Volksverein hat wiederum eine Kundmachung erlassen, die das Wahlgesetz angreift, und Erweiterungen desselben fordert. Was von den gestellten Forderungen irgend für die Ausführung brauchbar ist, ist bereits durch die das Gesetz prüfende Commission des Landtags beantragt. — Das Anschlagen dieser Kundmachung an die Straßenecken veranlaßte einige Ansammlungen von Menschen, zumal unter den Linden. — Vor dem Prenzlauer Thor hat am 4. Abends eine Versammlung stattgefunden, in der ein Redner ernsthaften Anscheins, doch in offenbarer Ironie, Rothschild zum König ausrief! Die ziemlich ansehnliche Menschenmasse, die sich um den Redner versammelt hatte, verlor sich sehr bald wieder. — Gestern fand in der hiesigen Singe-Akademie eine Todtenfeier für den in der Nacht vom 18. zum 19. als Opfer gefallenen Herrn v. Holzendorf statt. Der Direktor des Instituts, Hr. Rungenhagen, machte, nachdem ein Choral von Fasch gesungen war, eine Mittheilung über die Art, wie der junge Mann, dem die Feier galt, den Tod gefunden; er war an jenem schrecklichen Tage zu seinem Oheim, dem Direktor August geeilt, um der Familie Beistand zu leisten. Dort wurde er von eindringenden Soldaten getödtet. — Nach dieser Mittheilung wurden noch mehrere andere Musikstücke ausgeführt. Der Direktor August war mit seiner Familie zugegen. Alle Ausführenden waren in Trauerkleidung fast auch das ganze Publikum.

(Voss. Z.)

Die Wahl eines provisorischen Kommandeurs der Bürgerwehr hat heute Morgen schon stattgefunden. Auf der Kandidatenliste standen der General-Major und Kommandeur der 6ten Landwehrbrigade v. Aschoff und der Major a. D. Blesson. Die Wahl ist auf General Aschoff gefallen. Innerhalb 14 Tagen soll die definitive Wahl stattfinden, die von der gesammten Bürgerwehr ausgehen wird.

Der gewesene Oberbürgermeister Krausnick hat sich beim Könige über sein Benehmen rechtfertigen wollen, ist jedoch sehr ungnädig vorgelassen worden. Der König sagte ihm: „Ich bin aufs Aeußerste auch gegen Sie entrüstet. Sie sowohl, wie alle Anderen haben mir nie die Wahrheit gesagt, wenn sie mir versicherten, daß man mit dem, was meine Minister mir vorschlugen und was ich genehmigte, völlig zufrieden sei, und daß nur ein unbedeutender Haufe unzufriedener, unruhiger Köpfe sich dagegen auflehnte." Hierauf kehrte der König dem unglücklichen Ober-Bürgermeister den Rücken. — So wird es jetzt Vielen gehen, die sich noch vor wenigen Wochen sicher wußten und in der königlichen Gnade sonnten. Diese Sonne ist für immer untergegangen.

(Deutscher Freihafen.)

Am 2. d. ist hier ein russischer Courier eingetroffen, welcher ein vom 26. März datirtes Memorandum des Petersburger Kabinets überbracht hat, worin der Kaiser von Rußland den festen Willen ausspricht, sich in Beziehung auf alle Fragen des westlichen Europa völlig neutral zu verhalten und seinerseits Alles für eine Aufrechthaltung des Friedens aufzubieten, hinzufügend, er werde jedoch jedwedes Mittel in Anwendung bringen, die Unversehrtheit des russischen Gebietes zu bewahren, werde namentlich, falls die Polen wagen sollten, die Grenze zu überschreiten, ohne alle Rücksicht

gegen sie verfahren, aber unter allen Umständen die preußische Grenze respektiren. (Köln. Z.)

*** **Breslau**, 7. April. Wir haben heute die Nummer 11 der in Posen erscheinenden Gazeta Polska erhalten, und entnehmen aus ihr einige Mittheilungen, welche das Bestreben des Posener Nationalcomité's, in würdiger Haltung die Gewährung der verlangten Vergünstigungen abzuwarten, charakterisiren. Die Erklärung Posens in den Belagerungszustand durch General v. Colomb hat daselbst unter den Polen eine Mißstimmung und ein Mißtrauen in die Verheißungen der Staatsregierung hervorgerufen. Die Gazeta Polska findet diese Maßregel ebenfalls unerklärlich, doch ermahnt sie die Polen, sich hierdurch in ihren Erwartungen nicht irre machen zu lassen. Die Staatsregierung hätte ihnen zu bestimmte Zusagen gemacht, als daß sie daran denken könnte, diese nicht zu realisiren. Sie beklagt sich ferner darüber, daß die Mißstimmung zwischen den Polen und den Deutschen im Großherzogthume Posen sich noch nicht gelegt habe, obwohl erstere darauf hinwirkten, daß zwischen beiden Nationalitäten endlich ein freundschaftliches Einvernehmen zu Stande komme, da sie beide doch nach demselben Ziele der Freiheit strebten. Die Ruhe in Posen hat keine Störung erlitten, der größte Theil der arbeitenden Klassen hat sich wieder an seine täglichen Beschäftigungen gemacht. Leider sollen aber von Seiten des Militärs einige unnütze Verhaftungen und Verwundungen von Personen, die theils sich laut für die polnische Sache ausgesprochen, theils die polnischen Farben getragen, stattgefunden haben. Außerdem beklagt man sich über das Benehmen eines Theiles der jüdischen Bevölkerung, der Alles versuche, um die Bestrebungen der Polen bei der Regierung zu verdächtigen, und dabei vergesse, wie Polen im Mittelalter den Juden gastfreundliche Aufnahme gewährt habe, als sie von den übrigen Staaten Europa's auf das Grausamste verfolgt wurden. — In Culm sind Sulzocki, Korewa (Major in der ehemaligen polnischen Armee), Elzanowski, Zukrocki und der Pfarrer Tulodziecki zu einem provisorischen polnischen Nationalcomité für Westpreußen zusammengetreten. Sie haben bereits an die in Westpreußen ansäßigen Polen 2 Proklamationen erlassen. Die erste beginne sie mit dem Losungsworte „Freiheit, Gleichheit, Verbrüderung", und fordern darin die Polen auf, daß sie alle Vorurtheile, allen Haß ablegen, und in brüderlicher Umarmung nicht blos gegenseitig sich als Brüder anerkennen, sondern auch die Deutschen und Juden an die Bruderbrust drücken mögen. In der zweiten fordern sie die Polen Westpreußens auf, so viel als möglich beizusteuern, um nicht blos Waffen und Munition, sondern überhaupt den ganzen Kriegsbedarf für ihre Gegend beschaffen zu können. — Ein Mitglied der nach Berlin gesandten Deputation macht bekannt, daß die Forderungen, welche die Kommission zur Reorganisirung des Großherzogthums Posen im Geiste der Nation gestellt, bewilligt sind. Die polnische Sprache wird sonach für die Behörden und Schulen als die amtliche Sprache eingeführt werden. Die höheren Beamten werden ihre Stellen an Personen, welche das allgemeine Vertrauen besitzen, abtreten, und eine Nationalarmee organisirt werden. General Willisen wird die Organisation Posens sowohl in Betreff des Civils als des Militärs leiten. — Das Nationalcomité in Strzelno macht bekannt, daß der Gutsbesitzer Brackt bei Strzelno, als er von preußischen Soldaten verhaftet werden sollte und sich der Verhaftung widersetzen wollte, erschossen worden ist. Darauf wäre seine Frau verhaftet und gebunden nach Strzelno transportirt worden. — Ein Gutsbesitzer im Kostener Kreise hat seinen Bauern den dritten Theil des Ackerzinses schon jetzt für immer geschenkt, den Tagelöhnern hat er den Lohn im Getreide um den vierten Theil erhöht.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Verehrter Herr Redakteur! Die Breslauer Zeitung vom 4. d. M. enthält in einem längeren Artikel aus Posen vom 1. April d. J. über die Bildung, Wirksamkeit und Bedeutung des hiesigen deutschen Comités Vieles, was einer ausführlichen Berichtigung bedarf. Die Unterzeichneten werden diese Berichtigung, sobald es ihre jetzt sehr in Anspruch genommene Zeit gestattet, folgen lassen, und bitten nur, vorläufig diese Erklärug in Ihr geehrtes Blatt aufzunehmen. Posen, 5. April. Crousaz, Ob.-L.-G.-Assessor. Brachvogel, Ob.-L.-G.-Assessor."

Bromberg, 28. März. Obgleich die Bewegung und allgemeine Aufregung hier nicht zu verkennen ist, so haben doch keine öffentlichen Störungen stattgefunden, wozu die gestrigen entschiedenen Demonstrationen der Deutschen wohl das Ihrige beigetragen. Die Anmaßungen einzelner Exaltirter sind durch den guten Geist der Bürgerschaft beseitigt worden. — Die Garden sind auf hier in Anmarsch. Die Landwehr ist eingezogen. — Gestern marschirte der Brigade-General v. Hirschfeld mit einem Infanterie-Regiment und zwei Eskadronen Kavalerie in den Mogilnoer Kreis, um die dort gestörte Ordnung mit Waffengewalt herzustellen. Man hatte bekanntlich den Landrath außer Thätigkeit gesetzt und die Kassen mit Arrest belegt. Der weitere Aufstand wurde von den Führern förmlich organisirt. So eben geht nun vom General aus Mogilno die Anzeige ein, daß die aufrührerischen Polen, 2000 Sensenmänner stark, ihn aufgefordert hätten, abzuziehen, weil die **Republik Polen** organisirt würde. Der General ritt hierauf, nur von seinem Adjutanten begleitet, an den Polenhaufen heran, theilte ihnen die Kabinetsordre, die Bekanntmachung der Regierung und des Militär-Kommandos mit, und forderte sie freundlich auf, nach Hause zu gehen, widrigenfalls sie sogleich von ihm angegriffen werden würden. Trotz aller Bemühungen der Anführer liefen die irregeleiteten Sensenmänner auseinander. Das Militär rückte darauf in Mogilno ein, wo die preußische Verwaltung wieder hergestellt wurde. — Vor einer Stunde ging aus Wirsitz die Anzeige ein, daß dort 500 deutsche Bauern lagern, um in Verbindung mit der Bürgerschaft aus Nakel und Wirsitz den Polen jener Gegend Achtung vor den preußischen Adlern, die an vielen Orten thörichterweise heruntergerissen werden, beizubringen. So soll der Graf B. aus S. dem Landrath in Wirsitz angekündigt haben, daß er beauftragt sei, im dortigen Kreise die polnische Verwaltung zu organisiren und den Landrath zu entfernen. Die bewaffneten Haufen beabsichtigten das Schloß des Grafen B. zu zerstören. — In Kulm soll am 5. April eine große polnische Versammlung gehalten werden. — Möchte auch hier die deutsche Bevölkerung durch ein würdiges, aber entschiedenes Benehmen die vorlauten Manifestationen der leicht erregten Polen zurückweisen oder paralysiren. Die erforderlichen Mittheilungen Seitens der Bromberger an die Marienwerdersche Regierung sind schon gestern per Estafette gemacht worden. — Seit gestern cirkulirt in Bromberg eine Adresse an den König, worin er gebeten wird, den Regierungsbezirk Bromberg, zum Netz-Distrikt gehörig und überwiegend von Deutschen bevölkert, vom Großherzogthum Posen zu trennen und zum deutschen Bunde zu schlagen. Sie ist bereits mit vielen Unterschriften versehen und geht morgen vermittelst einer Deputation nach Berlin ab. (Danz. Z.)

Danzig, 3. April. Wir erhalten so eben von einem Augenzeugen einen Bericht über eine am vergangenen Dienstag in **Culmsee** stattgehabte Versammlung von Deutschen und Polen. Eine große Zahl derselben, Gutsbesitzer und Bürger, waren zunächst auf die Einladung des Deputirten v. Kalkstein zusammengekommen, der nach mehrseitigem Wunsche die Bildung eines Sicherheits-Komité's veranlaßt wissen wollte. Die Versammlung wurde in einem großen Saale von Sulerzyski eröffnet, der mit schönen Worten zur Brüderlichkeit mit den Deutschen mahnte, schließlich aber eine allgemeine Bewaffnung der Polen und Deutschen vorschlug. Mit Würde erhob sich dagegen eine Stimme: „Wenn wir Brüder sein wollen, brauchen wir keine Waffen." Als der Pole im Saale nichts erreichen konnte, trat er vor die Thür, wo eine große Volksmenge von Polen und Deutschen versammelt war. Was wollt Ihr sein, Polen oder Deutsche? redete der Pole die große Masse an, und wie aus einem Munde erscholl es: „Wir wollen **Preußen** sein und bleiben." — In **Graudenz** wird uns ferner mitgetheilt, hat der Pole Zakrocki, der zum Aufruhr reizte, nur dadurch vor der Volksjustiz bewahrt werden können, daß er sofort verhaftet und in die Festung abgeliefert worden. Eben dahin ließ der Culmer Magistrat fünf Männer bringen, die sich an die Spitze eines Straßentumultes gestellt hatten. Aus der Gegend von **Bromberg** ist eine Deputation von polnischen Bauern an den König mit einer von zahllosen Unterschriften bedeckten Adresse mit der Bitte abgegangen, sie preußisch bleiben zu lassen. Die Bromberger Regierung hat einen energischen Aufruf zur Verhaftung aller derjenigen erlassen, die sich unberufen das Ansehen und die Befugniß von Behörden anmaßen. Von **Thorn** ist eine Adresse, unterzeichnet „Magistrat, Stadtverordnete, Offiziere der Bürgerwehr", an den König gerichtet, worin die Bewohner ihre entschiedene deutsche Gesinnung aussprechen und um Belassung der jetzigen Garnison bitten. (Danz. Z.)

Stralsund, 2. April. Seit gestern will man von Wittow aus eine **starke Kanonade** gehört haben, die, wenn es seine Richtigkeit damit hat, nicht anders als von den **dänischen Küsten** herrühren kann.

Treptow a. d. R., 2. April. Aus den Stranddörfern Treptower-Deep und Horst wollen mehrere Fischer **13—16 Kriegsschiffe** an der Küste in einer Entfernung von circa 4 Meilen gesehen haben, und einer sogar, welcher auf dem Lachsfang in See befindlich war, von Deck eines dieser Fahrzeuge in deutscher Sprache angeredet sein. (Stettiner Ostsee-Z.)

Koblenz, 3. Aprl. Bei Weißenthurm ist heute auf das Schlepp-Dampfboot „Niederrhein", welches mit mehreren Anhängen eben hier einläuft, von einer Masse Menschen bei der Vorbeifahrt geschossen worden. In dem Radkasten fand man eine Kugel, eine zweite zerstörte den Compaß, eine dritte drang durch die Schiffswand in ein Zimmer. Die Mannschaft sicherte sich hinter den Radkasten; der Steuermann wurde von einigen Matrosen durch Eisentafeln geschützt. Der Ort Weißenthurm ist meist von Pferdebesitzern und Wirthen bewohnt, deren Existenz durch die Schlepp-Dampfschifffahrt gelitten hat; indessen entschuldigt dieses keineswegs ein mörderisches Attentat gegen Personen und Eigenthum. Die hiesige Staatsbehörde ist sofort eingeschritten. In Neuwied haben sich zwei Schlepp-Dampfschiffe vor Anker gelegt, weil sie es nicht wagen, an Weißenthurm vorbeizufahren, bevor ihnen Schutz zugesichert ist. — Der Friedensrichter von Andernach und sein Gerichtsschreiber mußten sich heute in Folge eines Crawalles hierher flüchten. (Köln. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 5. April. Nachdem (wie bereits erwähnt) in der vorgestrigen Sitzung die Minorität wieder in den Sitzungssaal zurückgekehrt war und der Abgeordnete **Hecker** den Austritt und die Rückkehr derselben motivirt hatte, wurden die Verhandlungen fortgesetzt.

Vice-Präsident R. **Blum** findet alle die Anträge hinsichtlich der Volksrechte und in Betreff sozialer Reformen, wo es besonders die arbeitenden Klassen angeht, schön und gut und unterstützt dieselben, hält aber die Zeit zu ihrer Berathung für nicht ausreichend, und stellt deshalb als Antrag die Frage: ob die Versammlung ihre grundsätzliche Zustimmung zu allen den hierher gehörenden von verschiedenen Mitgliedern gestellten Anträgen geben und das Uebrige der constituirenden National-Versammlung überlassen wolle. **Leue** und Berthold **Auerbach** machen noch ihre Ansicht geltend, und **Jordan** beantragt, daß die National-Versammlung auch die die Auswanderung betreffenden Fragen in den Bereich ihrer Berathungen und Beschlüsse aufnehme. (Ruf: Abstimmen!) Nach einer kurzen Debatte einigte sich die Versammlung dahin, daß sie die Frage: Sollen alle die verschiedeneu Anträge, betreffend Rechte, Forderungen und Wünsche des Volkes, eben so die sozialen und anderen Fragen der National-Vorsammlung, „zur Prüfung und geeigneten Berücksichtigung" vorgelegt werden? einstimmig annahm. — Hierauf wurde eine halbstündige Pause gemacht. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung, um 3 Uhr Nachmittags, bemerkte man an den sehr gelichteten Bänken, daß bereits viele Mitglieder der vorberathenden Versammlung abgereist seien. Der Präsident gab eine gedrängte Uebersicht von den eingegangenen Anträgen, unter anderen von Reichersberg über einen an das deutsche Volk zu erlassenden Anspruch zur Beruhigung der Gemüther; von Holland wegen der Verhältnisse des deutschen Zoll-Vereins zu den Niederlanden und wegen der Stellvertreter der zu konstituirenden Versammlung gewählten Mitglieder, in deren Verhinderungsfalle (in welcher letzten Beziehung die Versammlung entschied, daß der permanente Ausschuß die Stellvertreter **nicht** einberufen könne); von Pohle wegen Einführung vertretender Verfassungen in allen Staaten Deutschlands; von Wuttke wegen einer an die Regierungen zu richtenden Aufforderung zur Deckung der Ostgrenze; von Holland und Veltlin wegen der durch den Ausschuß aus Oesterreich zur konstituirenden Versammlung einzuladenden Abgeordneten ꝛc. **Wiesner** will, daß der Wahl in Oesterreich kein Hinderniß irgend einer Art erweckt werde; Oesterreich wird gewiß gut zu wählen wissen, doch soll es dem Ausschuß anheim gegeben bleiben, von dort sechs Männer des öffentlichen Vertrauens hierher zu bescheiden. **von Closen** unterstützt diesen Antrag und will, daß die sechs Oesterreicher gleich eingeladen würden, und daß der Ausschuß, statt aus 50, aus 56 Mitgliedern bestehe. Dieser Antrag wird angenommen. **Bassermann** protestirt gegen diese Annahme und verlangt, daß an der bereits festgestellten Zahl der 50 Ausschuß-Mitglieder nichts verändert werde. Die Versammlung beschließt jedoch wiederholt, daß außer den bereits gewählten 50 Ausschuß-Mitgliedern der Ausschuß selbst sich deren noch 6 aus Oesterreich beizugesellen habe. Der Antrag des Abgeordneten **Roquette**, daß die deutsche Bevölkerung in Posen nicht aufgeopfert werden dürfe, sollte, als bereits erledigt, beseitigt werden, der Antragsteller und ein anderer Abgeordneter aus Westpreußen sprachen jedoch mit Nachdruck für ihre deutschen Mitbürger im Großherzogthum Posen und in den beiden Provinzen Preußens, die Deutschen bleiben und nicht Polen werden wollten. **Wuttke** wünschte, daß die Deutschen in Posen eingeladen würden, sich bei der konstituirenden Versammlung zu betheiligen, ohne dadurch jedoch das National-Gefühl der Polen zu verletzen. Ein anderer Redner sprach mit Feuer für die Wiederherstellung Polens, und verlangte Oesterreich und Preußen sollten ihre polnischen Landestheile unmittelbar freigeben, dagegen sollten alle Deutschen in anderen Staaten für Deutschland wiedergewonnen werden. **Blum** entgegnet darauf: Es sei nur darum zu thun, Vertreter Deutschlands in der konstituirenden Versammlung zu vereinigen. Man könne wünschen, daß die deutschen Brüder unter russischem oder jedem anderen Scepter wieder wirkliche Deutsche würden; aber Vertreter derselben hierher zu bescheiden, würde unklug sein. Man müßte dann nicht allein die russischen, sondern auch die belgischen, französischen, italienischen, siebenbürgischen, ungarischen u. a. Deutschen auffordern, ihre Abgeordneten nach Frankfurt

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 84 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 8. April 1848.

(Fortsetzung.)

zu senden, mit anderen Worten, man müsse dem ganzen Europa den Krieg erklären, und das werde man doch nicht wollen, um so mehr, da man hier versammelt sei, nicht um Unruhe, sondern um Ruhe zu stiften. Bei der Abstimmung entschied die Versammlung die Fragen: „Sollen die russischen Ostsee-Provinzen eingeladen werden?“ mit fast einstimmigem Nein, und: „Ist an den König von Preußen und an den Kaiser von Oesterreich zur Wiederherstellung Polens eine Aufforderung zu richten?“ in dem gleichen Sinne mit Nein. Hinsichtlich der Deutschen in der Provinz Posen wurde, wie bereits früher festgestellt, die Entscheidung offen gelassen. Blum's Antrag, daß man den aus Frankreich und Dentschland in ihr Vaterland zurückkehrenden Polen aus Staatsmitteln Unterstützung angedeihen lassen möge, wurde einstimmig genehmigt. Der Antrag, den Volks-Versammlungen und der Siebener-Kommission für ihre vaterländischen Bestrebungen den Dank der Versammlung zu bezeugen, fand bereitwillige Annahme, eben so auch Venedey's Verlangen, daß die Verhandlungen des Ausschusses durch die Presse zu veröffentlichen seien. Die von Rödinger gestellte Frage: Sollen die Mitglieder der verschiedenen Stände-Kammern zugleich Mitglieder der Reichs-Versammlung sein? wurde mit Nein beantwortet, dagegen aber festgestellt, daß jene zugleich Mitglieder der letzten sein können. Jordan mahnt nachdrücklich zur Ordnung und Gesetzlichkeit nach dem Schlusse der gegenwärtigen Verhandlungen. Der Präsident stattete nun noch summarisch Bericht ab über verschiedene an die vorberathende Versammlung gerichtete Adressen, nämlich eine von Fulda, zwei von Wiesbaden, eine von Mannheim, eine von Marburg, eine von Leipzig, eine von Hanau, eine von Friedrichshafen, eine von Tettnang, eine von Lausanne, zwei aus Westpreußen x. — Der Pole Buskowski sprach mit Anstand und Feuer für die Wiederherstellung seines Vaterlandes und die Freundschaft zwischen demselben und Deutschland, was mit Beifall vernommen wurde. Mit langanhaltendem Jubel wurde der von Raveaux gestellte Antrag, „dem gastfreundlichen Frankfurt den Dank der Versammlung darzubringen,“ einstimmig angenommen. Dr. Kriegk sprach hierauf die erkenntliche Erwiederung im Namen Frankfurts in würdiger Weise aus. Welckers Frage: Sind die Taggelder der Abgeordneten zum Reichstage von den einzelnen Staaten zu bestreiten? wurde, als sich von selbst verstehend, mit Ja beantwortet. Noch beantragte ein Deputirter aus Westpreußen, daß man es dem Deutschen in seiner Provinz und in Posen überlassen möge, selbst die Gränze zwischen Deutschland und Polen zu bestimmen, wogegen nichts erwiedert wurde. — Der Präsident verkündete, daß das Ergebniß der Wahlen hinsichtlich der 50 Ausschuß-Mitglieder morgen Vormittag um 8 Uhr sowohl vom Bureau herab, als durch die Presse verkündet werden solle. Sodann schloß er die vorberathenden Verhandlungen der Versammlung mit einer kurzen gediegenen Rede. Es gebe Stunden im Leben, sagte er, wo man fühle, daß man wahrhaft gelebt habe. Solche Stunden seien unvergeßlich und gewährten Entschädigung für viele andere traurige oder peinliche Stunden. Er fühle es, daß die vier letzten Tage Stunden der ersten Art nicht wenige geboten. Die Versammlung, welche sich jetzt auflöse, wäre vor einem Jahre noch ein Verbrechen gewesen, jetzt sei sie der Geschäftsführer der Nation geworden. Obgleich sie noch nicht als konstituirende Versammlung aufgetreten sei, würden ihre Beschlüsse doch allgemein geachtet werden und gute Früchte tragen; die in vier Wochen zusammentretende National-Versammlung werde ich sie nicht unberücksichtigt lassen. Daß für Deutschland Besseres bevorstehe, als bisher, davon sei Jeder durchdrungen. Des Volkes Wille wird hinfort Kraft haben und nicht mehr getäuscht, nicht mehr nichtachtet werden. Ueber Alles segnend werde aber die Einheit und Eintracht im großen deutschen Vaterlande walten. Ein neuer Bund werde entstehen, groß und mächtig, und Jeder von uns werde bald stolz sein können, ein Deutscher zu sein. Der Redner richtete noch einige Worte ernster Mahnung an die Fürsten, an das Volk und an die Versammlung, wonach er die Verhandlungen dieser letzten für geschlossen erklärte. Die Versammlung brachte ihrem Präsidenten ein Lebehoch und trennte sich, nachdem R. Blum noch verkündet hatte, daß zur Verwirklichung vieler Wünsche, bei einem gemeinschaftlichen Mahle kurz vor der Trennung sich noch vereinigt zu finden, eine Zusammenkunft im „Englischen Hofe“ in Vorschlag gebracht werde, was genehmigt wurde. Beim Austritt aus der Pauls-Kirche wurden die Mitglieder der Versammlung, mit dem Präsidenten an ihrer Spitze, von der in einem großen Quarré aufgestellten Frankfurter Bürgerwehr mit tausendstimmigem oft wiederholtem Hoch begrüßt, während der Fahnenmarsch geschlagen, die Fahnen geschwenkt und das Gewehr präsentirt wurde. — Die Namen der in den permanenten Ausschuß zur Vorbereitung der Einberufung des deutschen Parlaments gewählten 50 Mitglieder, die auch sogleich zur Vorberathung im Kaisersaale zusammentraten, so wie auch die Namen der erwählten Stellvertreter, sind:

Wiesner (Oesterreich); Itzstein (Baden); R. Blum (Sachsen); Jakobi (Königsberg); Kolb (Rheinbaiern); Abegg (Breslau); Soiron (Baden); Simon (Breslau); Schott (Württemberg); Murschel (Württemberg); Raveaux (Rheinpreußen); Spatz (Rheinbaiern); Eisenmann (Baiern); Schleiden (Schleswig); Matthy (Baden); Gülich (Schleswig-Holst.); Freudentheil (Hannover); Gr. Bissingen (Oesterr.); Stadmann (Rheinpr.); Venedey (Rheinpr.); Schnelle (Mecklenburg); Siemens (Hannover); Jürgens (Braunschweig); Zachariä (Hannover); Wippermann (Kassel); Lehne (Rheinhessen); Biedermann (Nassau); Rüder (Oldenburg); Hergenhahn (Nassau); Buhl (Baden); Nonne (Hildburghausen); Kierulf (Mecklenburg); Heckscher (Hamburg); Cetto (Rheinpreußen); Duckwitz (Bremen); Behn (Lübeck); Schwarzenberg (Kassel); Brunck (Rheinhessen); Mappes (Frankfurt); Pagenstecher (Preußen); Wilhelmi (Preußen); Briegleb (Koburg); Blachière (Kurhessen); v. Closen (Baiern); Paur (Baiern); Reh (Darmstadt; Mack (Württemberg); Meyer (Preußen); Wedemeyer (Preußen); Kanzler Wächter (Württemberg.) — Stellvertreter: Hecker (Baden); Leue (Rheinpreußen); Schaffrath (Sachsen); Vogt (Gießen); Joseph (Sachsen); Jucho (Frankfurt); Tafel (Württemberg); Ernst Leisler (Nassau); Schweikart (Württemberg); Zitz (Rheinhessen); Runge (Mecklenburg); Struve (Baden); Aßmann (Braunschweig); Graf Reichenbach (Schlesien); von Sybel (Marburg); Wesendonk (Rheinpreußen); Rödinger (Würtemberg); Jul. Meyer (Osnabrück); Hoff (Mannheim); Brentano (Baden); Strecker (Mainz); Rießer (Hamburg); Eisenstuck (Sachsen); d'Ester (Köln); Wurm (Hamburg); Hepp (Rheinpreußen); Riedl (Baiern); Wigard (Dresden); Detering (Hannover); Plange (Preußen); Ronge (Preußen); v. Diemar (Württemberg); Hildebrand Marburg); Peter (Baden); Bürgers (Köln); Schlöffel (Breslan); Pelz (Rheinpreußen); Junghanns II. (Baden); Titus (Baiern); Fürst (Posen); Wuttke (Leipzig); Depener (Deßau); Nohl (Preußen); Pelz (Preußen); Haustein (Sachsen); Wiedemann (Baiern); Schmitz (Preußen); Prell (Baiern); Christmann (Rheinbaiern); Mohr (Rheinhessen). (Frankf. Bl.)

Dresden, 6. April. Die Leipziger Zeitung enthält folgende Bekanntmachung: „Dem Ministerium des Innern sind die in Folge der politischen Umgestaltungen nicht erst entstandenen, sondern nur neu erwachten und zu lauter, ja heftiger Aeußerung gelangten Klagen und Wünsche aus den verschiedensten Kreisen der arbeitenden und gewerbtreibenden Klassen, wie sie sich bereits vielfach in Versammlungen, in Adressen und Petitionen ausgesprochen haben, nicht entgangen. — Es erkennt, wenn auch nicht durchaus in gleicher Weise für Alle, doch im Allgemeinen die Berechtigung dieser Wünsche an und ist selbst der Ueberzeugung, daß die politischen Errungenschaften vor Allem auch auf das materielle Wohl der arbeitenden Klassen einen wohlthätigen Einfluß üben müssen, wenn sie vollständig genannt werden sollen. Es hat sich daher vor allen Dingen mit Ausmittelung des Weges beschäftigt, auf dem zu einer Lösung der schwierigen Aufgabe zu gelangen ist. — Das besondere, dem Arbeiter zunächst vor Augen liegende und darum so leicht ganz einseitig aufgefaßte Verhältniß zwischen Lohn und Arbeit, zwischen Arbeiter und Arbeitgeber ist nur ein Glied in der langen Kette organisch zusammenhängender gewerblicher Verhältnisse. Jeder Versuch, an diesem Gliede allein eingreifende Veränderungen vorzunehmen, würde eine Störung der ganzen Kette, ein Zerreißen derselben herbeiführen und mehr schaden als nützen. Die Aufgabe ist eine zeitgemäße Umbildung und Gestaltung aller unserer gewerblichen Verhältnisse und der äußeren und inneren Bedingungen derselben. — Diese Aufgabe ist bestimmt nicht zu lösen durch gewaltsame Zerstörung des Bestehenden, sondern nur durch organische Entwickelung aus dem Bestehenden; sie ist ferner nicht zu lösen durch ein einziges Universalmittel, es heiße wie es wolle, sondern nur durch ein ganzes wohlüberlegtes System einzelner Maßregeln; sie ist endlich am allerwenigsten zu lösen durch das traurige Mittel der Umwandlung des freien Tummelplatzes producirender Thätigkeiten in die trostlose Einförmigkeit einer alle individuelle Entwickelung erstickenden Staatsindustrie. Sie wird aber zu lösen sein durch das einmüthige Zusammenwirken einer volksfreundlichen Regierung mit der freien Thätigkeit der gesammten gewerbtreibenden Bevölkerung. — Der entgegenstehenden Interessen, selbst unter den Arbeitern, giebt es viele. Wie überall im Staate, ist es nicht möglich, Allen zugleich uneingeschränkt gerecht zu werden, ohne andere zu verletzen. Nur der feste Wille Aller, sich unter einander zu vertragen und zu einigen, kann darüber hinweg helfen. Dieses Willens und der aufrichtigen Mitwirkung aller Betheiligten gewiß, wird das Ministerium des Innern folgenden Weg einschlagen, um zu einer alle Interessen möglichst berücksichtigenden, gründlich überlegten, friedlich und gesetzmäßig durchzuführenden Umgestaltung unserer gewerblichen Verhältnisse zu gelangen.

Das Ministerium des Innern bildet eine Kommission lediglich für die vorliegende Frage. Es wird derselben, außer den dazu zu bestimmenden Räthen und Mitarbeitern des Ministeriums, noch einige nicht im Staatsdienste befindliche, sowohl durch das Vertrauen des Volkes als durch Sachkenntniß dazu geeignete Männer beigeben, und endlich werden aus den verschiedenen Theilen des Landes und den verschiedenen gewerblichen Kreisen durch Wahl ihrer Genossen selbst zu berufende Mitglieder in noch zu bestimmender Anzahl zu dieser Kommission hinzutreten. Daß sich später auch einige Mitglieder der zu berufenden Ständeversammlung zur thätigen Mitwirkung werden bereitwillig finden lassen, steht zu hoffen. Der Minister des Innern wird die Arbeiten der Kommission leiten. — Die erste Aufgabe dieser Kommission wird die Beschaffung des Materials, die Sammlung der Unterlagen sein, auf welche sich die vorzuschlagenden Maßregeln gründen sollen. — Zu diesem Ende, da man weder mit allen einzelnen Gewerbetreibenden und Arbeitern, noch mit sehr zahlreichen allgemeinen Versammlungen verhandeln kann, wird vor allen Dingen zu Bildung von Ausschüssen im ganzen Lande abgefordert werden. — Diese Wahl soll ganz frei sein, und es wird ganz von den Gewerbtreibenden der einzelnen Orte abhängen, ob sie solche Ausschüsse wählen wollen oder nicht. Es sollen aber besondere Ausschüsse aus den Arbeitern, Gesellen, Gehülfen und besondere aus den Meistern, Fabrikanten u. s. w. gewählt werden, und zwar wieder so, daß eine Trennung der zünftigen Gewerbe, der unzünftigen Gewerbe und der Fabrikgewerbe stattfindet. Ob in größeren Städten sich die zünftigen Gewerbe wieder in Gruppen, z. B. der Feuerarbeiter, Holzarbeiter u. s. w. trennen, ob in größeren Fabrikstädten die Maschinenarbeiter, Spinner, Drucker, Weber u. s. w. für sich Ausschüsse wählen wollen oder sich vereinigen, bleibt dem eigenen Ermessen überlassen. Grundsatz aber bleibt für die Vorarbeiten die Trennung der Arbeiterausschüsse von den Ausschüssen der Arbeitgeber und die Wahl dieser Ausschüsse durch öffentliche Versammlungen aller Betheiligten. — Alle diese Ausschüsse werden ihre Obmänner wählen und ihre erfolgte Bildung unter namentlicher Angabe aller Mitglieder der Lokal-Behörde anzeigen, welche die Resultate an das Ministerium des Innern gelangen lassen wird. Aufgabe dieser Ausschüsse soll zunächst sein die Anstellung gründlicher Erörterung des thatsächlichen Zustandes der Dinge in ihrem Bereiche und Abfassung eines Berichtes darüber an die Kommission unter Angabe dessen, was als Mangel und Uebelstand erscheint, der Gründe davon und der Vorschläge zur Beseitigung. — Es ist nicht die Absicht, über die Ausführung irgend welche bindende Vorschriften zu geben; um aber eine gewisse Vollständigkeit und Uebereinstimmung der Resultate zu erzielen, wird die Kommission den einzelnen Ausschüssen als Anleitung eine Aufzählung aller Hauptpunkte hinausgeben, über welche Auskunft gewünscht wird. — Während die Ausschüsse ihre Erörterungen und Berichte vollenden, wird sich die Kommission durch Wahl aus diesen Ausschüssen vervollständigen. Sie wird dann die Berichte aller Ausschüsse entgegennehmen, prüfen, sich zu Ausfüllung von Lücken und Aufklärung von Dunkelheiten mit den Ausschüssen selbst in Vernehmen setzen, nach Befinden selbst noch auf dem Wege der Enquête lokale vervollständigende Erörterungen vornehmen und dann, je nach Bedürfniß in Sectionen getheilt oder vereint, über die Wege zur Abhülfe berathen und über das Resultat einen zu veröffentlichenden Bericht erstatten. — Dann wird sich ergeben, was durch allgemein deutsche, was durch speciell sächsische, was durch lokale Maßregeln geleistet werden kann; was durch die Gesetzgebung, was nur durch freie Vereinigung zu erzielen ist; was man den Privatmitteln überlassen, wo man Staatshülfe beanspruchen muß. So allein ist zu hoffen, daß man für dem Arbeiterstande eine ganze Reihe getäuschter Hoffnungen, unserer Industrie eine Periode gefahrvoller Experimente erspare und ohne Zerrüttung des noch vorhandenen Wohlstandes, ohne Gewalt zu einer dauernden gedeihlichen Gestaltung der Verhältnisse gelange. — Auf diesem Wege und nur auf diesem wird das Ministerium des Innern seiner doppelten Aufgabe genügen: dem Arbeiterstande und den Gewerben überhaupt gründlich zu nützen, zugleich aber das Vertrauen des ganzen Landes auf eine ruhige und friedliche Lösung aller Widersprüche zu erhalten und zu stärken. — Es rechnet dabei auf die Unterstützung der Tüchtigsten und Begabtesten unter dem Gewerbestande sowohl als dem Volke überhaupt; es hofft von den Ausschußwahlen, daß sie im wahren Interesse der Sache auf erfahrene, verständige und besonnene, ihrer Aufgabe gewachsene Leute fallen werden. Unreife Projekte und Phantasiegebilde werden nimmer Unterstützung, Aufreizungen oder gar Gewaltsamkeiten aller Art den entschiedensten Widerstand in einem Ministerium finden, welches seine Pflicht

kennt und gegen Jedermann zu erfüllen wissen wird. — Das Ministerium erwartet daher, daß man sich für jetzt im Hinblick auf die zu hoffenden Resultate des entwickelten Planes seinen gewöhnlichen Beschäftigungen wieder hingeben, auch die noch vorhandenen Uebelstände im Bewußtseln der Unmöglichkeit plötzlicher Abstellung ertragen, und daß so das erschütterte Vertrauen, eine Hauptursache der Stockung in allen Gewerben, sich wieder herstellen werde. — Dresden, den 3. April 1848. — Ministerium des Innern. Oberländer. Eppendorf." (Folgt nun eine Aufforderung zu Bildung von Ausschüssen für Erörterung der Gewerbs- und Arbeitsverhältnisse.)

† **Leipzig,** 6. April. Ein Circular von Hammer und Schmidt zeigt an, daß dieselben durch die Zeitverhältnisse gezwungen sind, ihre Zahlungen mit dem heutigen Tage bei einem reinen Handlungs-Vermögen von circa 382,000 Thlr. einzustellen. Die Sensation, welche dieses Fallissement hier versucht, ist unbeschreiblich und ist nur zu wünschen, daß es dem sofort gebildeten Curatorium recht bald gelingen möge, dieses geachtete Haus wieder flott zu machen.

Heidelberg, 3. April. So eben kommt mir ein Aufruf an die Schweizer zu, unterzeichnet von dem Polen-Comité zu Genf: Nackwaski, Stryenski und Kisielewski, aus dem Sie mir nur folgende Stelle zu entnehmen erlauben wollen: „Damit Polen seine Aufgabe zu erfüllen in Stand gesetzt werde, ist es nöthig — und die Vorsehung selbst scheint es hierzu ausersehen zu haben, da seit seinem Fall das Gleichgewicht Europas erschüttert ist — daß seine alten und natürlichen Grenzen im Norden die Ostsee, im Süden das schwarze Meer, im Westen die Oder, im Osten die Düna und den Don berühren." Heißt das nicht deutlich gesprochen? (Deutsche Z.)

Hamburg, 5. April. Die zweite Abtheilung der preußischen Truppen ist heute Nachmittag hier angekommen und sogleich nach Altona durchmarschirt.

(Schleswig-Holstein.) Rendsburg, 4. April. Die Dänen scheinen den Angriff noch vermeiden zu wollen. Sie hatten in einem Dorfe in der Nähe von Apenrade fouragirt. Eine Abtheilung unserer Truppen kam, bald nachdem die Dänen einstweilen abgezogen waren, in dasselbe Dorf und eignete sich die aufgehäufte Fourage zu. Die Dänen, welche zurückkehrten, noch bevor die unsrigen wieder abgezogen waren, unternahmen gegen diese keinen Angriff. — In der heutigen Versammlung der vereinigten Stände beider Herzogthümer ward von dem Kommissar Bremer die Anzeige gemacht, daß morgen mit dem ersten Bahnzuge zwei Bataillone preuß. Infanterie und innerhalb 3 Tagen zusammen 4000 Mann preuß. Truppen hier eintreffen und daß diese Truppen zur Disposition der provisorischen Regierung gestellt werden würden. Von demselben ward die fernere Anzeige gemacht, daß diejenigen deutschen Regierungen, welche bei dem zehnten Armeecorps betheiligt seien, in wenigen Tagen Kriegshülfe zuführen würden. Die Truppen stehen schon an der hannoversch-holsteinischen Grenze. Nicht minder zeigte der Kommissar an, daß der Antrag wegen Eintritt des Herzogthums Schleswig in den deutschen Bund bei der Bundesversammlung die freundlichste Aufnahme gefunden habe, indeß die Beschlußnahme darüber noch zu gewärtigen sei. — Unsere Truppen haben die Stadt Tondern besetzt. — Die provisorische Regierung hat folgende Bekanntmachung erlassen:

„In Erwägung: Daß nach amtlichen, der provisorischen Regierung zugegangenen Berichten mehrere angesehene Beamte und Privatpersonen im nördlichen Theile des Herzogthums Schleswig von dänischen Truppen aufgehoben sind und gefangen gehalten werden; — daß die Besatzungen schleswig-holsteinischer Kauffartheischiffe in dänischen Häfen gezwungen worden sind, gegen ihr Vaterland zu dienen; — daß endlich schleswigsche, im Eigenthum von Privatleuten befindliche Schiffe von dänischen armirten Schiffen genommen und aus schleswigschen Häfen fortgeführt sind, beschließt die provisorische Regierung, welche die Personen und das Eigenthum dänischer Unterthanen fortwährend für unverletzlich angesehen hat: es ist den Rhedern und Führern schlesw.-holst. Kauffartheischiffe bis auf Weiteres verboten, mit ihren Schiffen die Häfen des Königreichs Dänemark zu besuchen."

Dänemark.

Kopenhagen, 3. April. Außer den schon ausgerüsteten 2 Fregatten, 3 Corvetten, 4 Briggs und 12 Kanonenböten mit Bombenkanonen, nebst 6 Dampfschiffen sind noch andere Kriegsschiffe beim Ausrüsten, und darunter auch schon 2 der Orlogsschiffe, die angeblich bestimmt sind, bei einem hoffentlich noch zu vermeidenden Bruche mit Preußen, Stettin, Danzig und Pillau zu blockiren. Nach den offiziellen Berichten bis heute Morgen wird unser Vortrab gestern bei Apenrade gewesen sein, von wo eine Brigg unter Kommando von Lieutenant Swenssen das Dampfschiff „König Christian VIII." nebst dem Bürgermeister abgeholt, und dort ein Insurgentencorps von etwa 1000 Mann glaubt bemerkt zu haben. Uebermorgen begiebt der König sich zur Armee, die wohl schon an 14,000 Mann bester Kerntruppen zählt, während täglich von mehreren Seiten neue hinzuströmen (morgen oder übermorgen gehen die letzten von hier) und so viel Freiwillige, wie man nur verlangt, denn der Enthusiasmus kennt keine Grenzen, und während alle Waffen schon so sehr in festen Händen sind, daß für Geld keine zu kaufen sind, hat die Börse schnell schon an 60,000 Rbthlr. zum Ankauf eines zur Disposition der Regierung zu stellenden Dampfschiffs subscribirt, und während unsere Finanzen einen Reservefond von acht Mill. Rbthlr. hatten, strömen Kriegsbeiträge von allen Seiten herbei. Drei königliche und fürstliche Personen haben zusammen 20,000 Rbthlr. geschenkt, und soeben verlautet, daß unser Finanz- und Marineminister Graf Moltke nicht weniger als 50,000 Rbthlr. hergegeben. So sehr wie das Volk und der legitime König die Minister unterstützt, haben diese, und namentlich der Kriegsminister, in den noch nicht 14 Tagen Wunder schaffen können, und so hoffen auch wir, daß der gewiß blutige Kampf um Schleswig sich schnell entscheide, ohne doch eigentlich den europäischen Frieden zu stören. — Die Besetzung von Apenrade ist hier noch nicht bekannt, wohl aber aus dem amtlichen Rapport die Wegnahme des Dampfschiffs „Christian VIII.," welche durch den Kapitain-Lieutenant Suenson von der Kriegsbrigg „St. Thomas" bewerkstelligt worden ist. Das Schiff ist nach Corsör gebracht worden. Gerüchtweise will man hier auch wissen, daß die dänischen Kriegsschiffe sich des Dampfschiffes „Karoline Amalie" bemächtigt haben. — Aus den Berichten des Kapitain-Lieutenants Suenson geht hervor, daß der Bürgermeister Schow von Apenrade nach Sonderburg gebracht worden ist. — Mehrere holsteinische Schiffe (deren Namen indeß nicht angegeben werden), unter andern eins mit 1000 Tonnen Kohlen am Bord, sind theils nach Friedericia, theils nach Nyborg und Corsör aufgebracht worden.

Oesterreich.

** **Wien,** 6. April. Gestern Abend reisten die zum Bundestage abgeordneten Deputirten von hier ab, die Gardelegion der Studirenden begleitete sie im feierlichen Zuge auf den Bahnhof; der Zulauf des Volkes war ungeheuer. Der Zug ging von der Domkirche zu St. Stephan, allwo die Fahnen eingesegnet wurden, aus. Da der Erzbischof Milde diese Weihe nicht persönlich vorgenommen hatte, so wurde ihm Abends von der studirenden Jugend eine Katzenmusik gebracht. Von dort zog der Schwarm in gleicher Absicht vor das Kloster der Liguorianer, welche sich bis heute mit wahrhaft eiserner Stirn gegen die öffentliche Meinung noch zu behaupten wagten.

Die Wiener Zeitung meldet: „Es ist der allerhöchste Befehl ergangen, den gewesenen Stadt- und Festungs-Kommandanten von Venedig Feldmarschall-Lieutenant Grafen Zichy, vor ein Kriegsgericht zu stellen. — Dasselbe Blatt enthält ferner einen sehr versöhnlichen Artikel über die bereits gemeldeten Vorfälle zu Rom (das Herabreißen des österreichischen Wappens vom Gesandtschafts-Hotel), welcher Artikel folgendermaßen schließt: „Es ist beschlossen worden, den k. k. Botschafter in Rom anzuweisen, seine Funktionen daselbst wieder anzutreten, in so fern die Wiederaufrichtung des österreichischen Wappens an dem Palaste der Botschaft stattgefunden habe, und die päpstliche Regierung im Stande sein wird, ihm den völkerrechtlichen Schutz zu gewährleisten, ohne welchen diplomatische Beziehungen nicht denkbar sind. Im entgegengesetzten Falle wird Graf Lützow den Kirchenstaat verlassen." — Endlich enthält dasselbe eine lange Adresse der Stände des Erzherzogthums Oesterreich ob der Enns an Se. Majestät den Kaiser, in welcher Adresse folgende Punkte als Grundgesetze der zu erwartenden Konstitution gewünscht werden:

1) Bestimmung des Wahlcensus zur künftigen Vertretung des Dominikal-Besitzes, des Bürger- und Bauernstandes mit Berücksichtigung des Grundbesitzes, der Besteuerung, der Intelligenz und Seelenzahl und Bestimmung über die Vertretung des Gesammtwillens der Nation in einer Kammer. 2) Theilnahme der Landesvertretung an der Gesetzgebung und ausschließendes Befugniß der Steuerbewilligung. 3) Allgemeine Militärverpflichtung mit Ersatzmännern. 4) Uebertragung der Leitung der Volksbildung an einen aus den Landesvertretern zu wählenden permanenten Ausschuß, gründliche Ausbildung, ausreichende und lohnende Dotation der Volkslehrer, zweckmäßige, reele Bildung befördernde Einrichtung der Gymnasien, der Universitäten, Lehr- und Lernfreiheit. 5) Errichtung eines besondern Ministeriums für Handel und Industrie. 6) Verantwortlichkeit der Ministerien an die Kammer nach Maßgabe eines festzustellenden Gesetzes und jährliche öffentliche Rechnungslegung über alle Staatseinnahmen und Ausgaben. 7) Freie Presse, bloß beschränkt durch die Strafgesetze. 8) Inniges Anschließen an unsere deutschen Brüder und Vertretung des deutschen Volkes durch ein deutsches Parlament. 9) Freies Recht zu Associationen. 10) Volksthümliche Wehrverfassung mit selbst gewählten Kommandanten. 11) Beeidigung des Militärs auf die Verfassung. 12) Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens und Geschwornen-Gerichte. 13) Persönliche Freiheit und Bestimmung, daß keine Person ohne gesetzlichen Haftbefehl gefänglich eingezogen werden darf, mit alleiniger Ausnahme, als die gefänglich einzuziehende Person bei Ausübung einer durch die Strafgesetze verpönten Handlung ergriffen wird, daß die Ursache der Inhaftirung binnen 24 Stunden mit sogleicher Einleitung der Untersuchung dem Inhaftirten bekannt gegeben und daß derselbe gegen Stellung von Bürgen auf freiem Fuße untersucht werde. — 14. Gewährung selbstständiger Kommunal-Verfassung mit durch aus freigewählten Magistarten und Gemeinde-Vorständen bei voller Oeffentlichkeit der Kommunal-Verhandlungen. Die treu gehorsamsten Stände lassen auch noch nachstehende vorgekommene Wünsche des Landes durch ein gewähltes Comité prüfen und begutachten, um sie Ew. Majestät zur gnädigsten Genehmigung vorlegen zu können. a) Ermäßigung und allmälige Aufhebung der Verzehrungssteuer mit zunächst eintretender Entlastung der ersten Lebensbedürfnisse, dann Revision des Tax- und Stempelgesetzes mit Rücksicht auf den Umfang des durch dasselbe zu besteuernden Vermögens. b) Einschränkung der polizeilichen Gewalt und Verfügung, daß allen k. k. Polizei-Direktionen und Kommissariaten jede richterliche Gewalt abgenommen werde. c) Uebernahme der Erhaltung der Polizeimannschaft von Seite der hohen Staatsverwaltung. d) Aufhebung jeder körperlichen Strafe."

) **Prag,** 5. April. Am verflossenen Sonntage (2. April) gaben sämmtliche Offiziere der Nationalgarde und der uniformirten Bürgerkorps den Offizieren der Garnison ein großes Diner im gräflich Waldsteinschen Saale. Unsere Deputation ist noch immer nicht von Wien zurück, verschiedene Gerüchte über ihren Empfang zirkuliren und beunruhigen die Gemüther. Gegenüber dem Bürgerkomité hat sich ein aristokratisches gebildet, Adel oder Geld sind darin die Repräsentanten. Ein provisorisches Preßgesetz ist herabgelangt, es ist drakonisch, hat 88 §§ und stellt den Schriftsteller unter den Galgen, die Studentenschaft verbrannte es öffentlich; weitere Demonstrationen unterblieben, weil der Oberst-Burggraf, Graf Stadion sein Wort gab, es nicht für Böhmen zu proklamiren. Sämmtliche Schriftsteller hielten Versammlung und wählten ein Comité von 30, welche mit Abfassung des Protestes an den Kaiser und Entwurf eines neuen Preßgesetzes beauftragt. Die deutschen Kreise scheinen mit den Bewegungen nicht zufrieden zu sein; man spricht an mehreren Orten vom Aufziehen der schwarz-roth-goldenen Fahne; Gott gebe, daß es nicht so ist, das könnte am ersten zu Konflikten führen. Seit gestern bezieht wieder das Militär alle Wachen, die Nationalgarde leitet bloß den Patrollendienst. Die Sparkasse und die Filialnationalbank sind förmlich blokirt, von Leuten, welche ihre Noten wechseln oder Einlagen zurückverlangen; täglich kommen Geldrimessen aus Wien. — Zwei neue Journale erscheinen seit ersten April, ein konstitutionelles Blatt für Böhmen, Redacteur Klutschak, und der Volksfreund, Redacteur J. E. Hickel; Theater und Belletristik machen jetzt schlechte Geschäfte. Nun, wo es gilt Farbe zu bekommen, sind Viele, welche sonst für Patrioten freisinnig galten, plötzlich tief in der öffentlichen Meinung gesunken.

* **Lemberg,** 3. April. Wir haben in unserm Lemberger Berichte vom 27. März den Rath an die Gazeta Lwowska ergehn lassen, daß sie doch von der in Oesterreich nun einmal bewilligten Preßfreiheit endlich den angemessenen Gebrauch machen möchte. Wir hielten ihre bisherige Zurückhaltung für eine Folge der Schüchternheit, in welche die Presse früher durch den Rothstift des Censors hineingezwängt wurde; leider belehrt uns die neueste Nummer der Gazeta Lwowska eines andern, nicht aus Schüchternheit, sondern aus Prinzip, aus hündischer Anhänglichkeit an die alte Bureaukratie hat diese Zeitung von der Preßfreiheit keinen Gebrauch gemacht. Es ist bekannt, daß der Gouverneur, Graf Stadion, die Volksversammlungen sowohl, wie überhaupt das Halten von öffentlichen Reden bei Androhung der in dem alten Criminalgesetzbuch für Oesterreich hierauf gesetzten Strafen untersagt hat. Der Dziennik narodowy mißbilligte diese Maßregel, indem er sie ganz richtig für eine wesentliche Beschränkung der Rechte der Bürger eines constitutionellen Staates erklärte und hinzufügte, daß durch dieses Verbot der Volksversammlungen das Gouvernement die reinste Quelle verstopfe, aus der sie die Wünsche und wirklichen Bedürfnisse des Volkes hätte erfahren können. Was macht die Gazeta Lwowska? Sie besitzt die Dreistigkeit, und rechtfertigt jene Maßregel des Gouverneurs, sie giebt sich Mühe darzulegen, daß diese keinesweges eine Beschränkung der Rechte eines Bürgers im constitutionellen Staate sei, sondern gerade den constitutionellen Rechtsbegriffen entspreche. In dem constitutionellen Staate, sagt sie, müßte gerade der Bürger am meisten auf Aufrechthaltung der Gesetze halten, und da nun Volksversammlungen und öffentliche Reden durch die Gesetze untersagt wären, so dürften daher keine stattfinden. Eine herrliche Logik! welche die constitutionelle Verfassung nach Willkür mit dem überwundenen System zusammenwürfelt! Ein Beweis davon,

wie wenig Anklang die von dieser Zeitung vertretene Richtung in Lemberg findet, und wie erfreulich dort das politische Leben trotz der Machinationen der, leider noch nicht gestürzten, vom alten Schlendrian sich nicht trennenden, Bureaukratie sich entwickelt, ist die Entstehung eines neuen Blattes, das den politischen und sozialen Fortschritt vertritt. Es heißt „Postęp“ (der Fortschritt) und wird von Karl Widmann und Johann Zachariasiewicz redigirt.

Lombardei. Die Wiener Ztg. bringt endlich folgende amtliche Nachrichten über den Stand der österreichischen Angelegenheiten in Oberitalien: „Die Ungeduld des Publikums hat mit Spannung auf Nachrichten über das Schicksal der italienischen Armee gewartet, und welcher Oesterreicher wird nicht dieses Gefühl im ganzen Umfange natürlich finden. Aber erst heute ist das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten im Stande, das erstemal zuverläßige Nachrichten über diese Armee ertheilen zu können, über deren Bewegungen sie ebenso unwissend war, als das Publikum selbst. Durch neun Tage waren alle direkten Nachrichten ausgeblieben; die durch das ganze Land verbreitete Insurrektion hatte jede Verbindung gehemmt, und jede Absendung von Courieren war unmöglich geworden. Der Feldmarschall Graf Radetzky konnte sich **nur in massenhaften Abtheilungen bewegen, und mußte sich den Durchgang überall mit den Waffen erzwingen.** Diese peinliche Lage hat nun ein Ende, und die direkte Verbindung mit Verona und der Armee ist hergestellt. Die Concentrirung der verschiedenen Truppencorps ist bewerkstelligt, und die Divisionen stehen echelonirt zwischen der Etsch und dem Mincio, in der Verfassung, in einer starken Position jedem feindlichen Angriffe die Stirn bieten zu können. — Der F. M. L. Fürst Schwarzenberg, der sich mit seiner Division von Brescia gegen Lodi zog, und dort mit dem F. M. Radetzky vereinigte, kam zuerst am Mincio an. Der F. M. Radetzky wurde am 31. in Verona erwartet, um mit dem 2. Armee-Corps die ferneren Operationen vorzubereiten. Einzelheiten über die Vorfälle vom 18. bis heute sind nicht eingelaufen, und man sieht darüber erst den weiteren Berichten entgegen. — Gr. Fiquelmont.“

** **Wien,** 6. April. Aus Venedig haben wir Nachricht vom 2ten, nach welchen dort eine sehr üble Stimmung und die größte Anarchie herrschte. Man erwartet stündlich, daß es zwischen den Parteien zu Thätlichkeiten kommen wird. Die Theuerung war ungeheuer. Das Pfund Fleisch kostet bereits 1 Gulden. Alle Zufuhren sind gehemmt und die englischen Schiffe, die im Golf kreuzen, lassen nichts durchpassiren. General Victor sammelt das Observations-Corps bei Görz, und es heißt, er soll am 12. d. seine Operationen gegen Venedig beginnen. Flüchtlinge von dort sagen in Pontafel aus, daß sich Venedig vielleicht ohne Schwertstreich ergeben dürfte, wenn sich die Armee nähere. Am 3. d., hieß es bereits in Udine, sei es schon zu Thätlichkeiten zwischen den Parteien in Venedig gekommen.

Rußland.

St. Petersburg, 31. März. Se. Majestät der Kaiser hat einen eigenhändig unterzeichneten sehr wichtigen Ukas erlassen, nach welchem nicht blos den Bauern, sondern auch den leibeigenen Personen gestattet werden soll, Häuser, Buden und unbewegliches Vermögen jeder Art zu kaufen und zu erwerben, jedoch nur mit Zustimmung ihrer Gutsbesitzer. Wegen früherer Ankäufe der Art soll kein Einwand erhoben werden. — Die Newa ist bereits an zwei Stellen aufgegangen. — Die Cholera erlischt, nur in den Gouvernements Orenburg, Sumbusk, Tula, Orel und Tschernigow sind noch Cholerafälle vorgekommen.

Tilsit, 1. April. Nach einem aus Rußland hier eingegangenen Privatbriefen, sollen zu Petersburg und Moskau bedrohliche Unruhen ausgebrochen sein. Auffallend ist es, daß ungeachtet des stehenden Ostwindes bis jetzt noch keine Kähne aus Rußland hier angekommen sind, obgleich dort viele preußische Güter liegen, und hiesige Kähne dort Winterlage hielten. Man glaubt, daß der sehr niedere Wasserstand die Fahrt der Kähne verzögert, da die Produktenausfuhr aus Rußland ungehindert fortbesteht.

(Königsb. Ztg.)

Die in der gestrigen Breslauer Zeitung mitgetheilte, aus der Königsb. Ztg. entlehnte Meldung von der russischen Grenze wird in der Königsb. Ztg. folgendermaßen berichtigt: „Die Nachricht von der russischen Grenze bedarf für Kaufleute und Personen, die mit preuß. Grenzörten oder mit Rußland selbst in Verbindung stehen, weiter keiner Berichtigung, indem denselben das Unglaubliche jener Nachricht einleuchtend genug ist. Für einen Theil der hiesigen Einwohner aber, sowie der Provinz, denen die Verhältnisse der uns zunächst gelegenen russischen Gouvernements fremd sind, versichern zwei zuverläßige Reisende, von denen der eine die Stadt Kowno am 28. März früh Morgens, der andere am 31. März verließ, daß daselbst nur die seit Jahren dort stationirte alte Besatzung von circa 2—300 Mann, sonst aber **keine Truppen** weiter sich bis jetzt befinden. Es hieß in Kowno nur, daß man in **einigen Wochen** circa 6000 Mann Truppen als Besatzung erwarte. Die Nachricht „am 26. ging die Wilkowischker Artillerie nach Warschau ab“ klingt auch sehr vielbedeutend und doch versichert Referent, daß die in diesem kleinen Orte (eigentlich Marktflecken) stehende, im Grundstücke des dortigen Apotheker Herrn Spohr einquartirte ganze Artillerie sich auf 2 oder 3 Kanonen beläuft. — Auch von den an jeder Poststation stationirten 5 Kosaken hat Referent ebenfalls nichts gesehen. Diejenigen, welche sich mehr hiefür interessiren, können bei der Redaktion von den Reisenden nähere Erkundigungen einziehen.“

Großbritannien.

London, 1. April. Die englische Presse fährt fort, unter dem Dannebrog zu fechten. „Morning-Chronicle“ enthält einen Artikel, in welchem es sich die Miene giebt, die staatsrechtliche Frage über Schleswig-Holstein gründlich zu untersuchen. Die „Times“ scheint darauf hinzudeuten, daß auch England geneigt sein möchte, sein Wort in diese Sache drein zu reden. Allein eine wachsende Partei in England, noch gestern Abend im Parlamente durch Hrn. Hume vertreten, ist entschieden gegen jede kriegerische Einmischung Englands in die Angelegenheiten des Festlandes. — Im Unterhause ward Lord Palmerston befragt, ob er bei den jetzigen Unruhen in Preußen Vorkehrungen in Königsberg, Danzig rc. getroffen hätte, um das britische Eigenthum zu schützen. Lord Palmerston entgegnete, er habe keine derartigen Schritte gethan, halte sie auch nicht für nöthig.

So eben erfahre ich, — wird der „Aachn. Ztg.“ aus Brüssel vom 2. April geschrieben — daß der englische Admiral Sir C. Napier den Befehl erhalten, mit seinem ganzen Geschwader nach dem baltischen Meere schleunigst unter Segel zu gehen. Bekanntlich war diese Flotte kürzlich aus dem Tajo zurückberufen, wo nur ein Linienschiff zurückgeblieben. Diese Flotte besteht aus 6 Linienschiffen und einer entsprechenden Anzahl von Dampf-Fregatten und Dampfschiffen. Darf man Versicherungen Glauben schenken, die aus glaubwürdiger Quelle fließen, so tritt das englische Kabinet entschieden auf die Seite Preußens in der polnisch-russischen Frage, und die englische Flotte wäre mithin dazu bestimmt, die deutschen und preußischen Häfen zunächst vor russischem Ueberfalle zu schützen.

Frankreich.

Paris, 4. April.*) (Tel. Dep.) In vielen Städten Frankreichs sind Unruhen ausgebrochen. In Lyon haben sich zwei Regimenter empört. — Der König von Sardinien ist an die Spitze der Truppen getreten. Eugen, Prinz von Savoyen, ist einstweilen Statthalter geworden. — Von Rom marschiren 6 Regimenter und 3 Batterien an die Gränze.

Schweiz.

Basel, 1. April. Auch hier haben auf die bekannten Aufrufe hin Versammlungen von Deutschen stattgefunden, in welchen ein Brief von Herwegh aus Paris vorgelesen und bewaffnete Organisation angeregt wurde. Eine Anzahl Deutscher, an ihrer Spitze Prof. Alex. Ecker, warnte ernstlich vor Unternehmungen, durch welche die Neutralität der gastfreundlichen Schweiz verletzt und Deutschlands Einheit gefährdet werden könnte. Der Präsident des Vereins erklärte hierauf auf das Entschiedenste, daß die Gesellschaft in keinerlei Verbindungen mit der demokratischen Gesellschaft in Paris stehe, daß der Brief von dieser ohne ihr Zuthun an sie gelangt sei, daß die Gesellschaft sich jedem Beschlusse der Mehrheit des deutschen Volkes unterziehen, und keinem Aufrufe, er komme von Paris oder Mannheim oder wo immer her, Folge leisten werde, als dem, der von dem Reichstag oder Parlamente, das sich in Bälde in Frankfurt versammeln wird, etwa sich ergeben würde.

Zürich, 1. April. Ein von Bergamo eingetroffener Privatbrief bringt die Nachricht, daß der Sonderbunds-General Salis-Soglio daselbst erstochen worden.

Aus gut unterrichteter Quelle wird versichert, daß Herr Lamartine der Schweiz die Abschließung eines Schutz- und Truzbündnisses zwischen der französischen und schweizerischen Republik angetragen hat. Die Mission des Hrn. Huber-Saladin hatte hierauf Bezug. Der Vorort soll jedoch keine Geneigtheit gezeigt haben, in den Antrag dermalen einzutreten. (A. Z.)

Genf, 30. März. Das Gerücht, das durch Reisende und Briefe von Chambery so eben hier verbreitet wird, theile ich Ihnen mit, daß dort ein französisches Armee-Corps von 30,000 Mann (worunter viel Kavalerie) eingerückt sein soll, um in Eilmärschen über den Montcenis und Piemont nach der Lombardei zu marschiren. Eine andere Armee von 60,000 Mann soll sogleich in Dijon, fürs erste als Beobachtungs-Corps gegen Deutschland, aufgestellt werden. (A. Z.)

Schweden.

Die neueste Post (vom 28. März) bringt weder aus Schweden noch aus Norwegen Berichte von Belang. Die Unruhen in Stockholm hatten sich nicht wiederholt. Nach einem Briefe aus Stockholm vom 23. März im Morgenbladet sollen während des Straßentumults am 18. und 19. in Stockholm gegen 80 Leute vom Volke getödtet und wenigstens 100 verwundet worden sein. Die Truppen, die 610 scharfe Schüsse unter das Volk thaten, hatten ihrerseits 11 Todte und über 50 Verwundete. Die Garnison war auf 7000 Mann verstärkt worden.

Amerika.

New-York, 12. März. Ueber den vom Senat genehmigten Frieden verlautet Folgendes: 15 Millionen Dollars sind an Mexiko für das abgetretene Land zu zahlen, und zwar in baarem Gelde. Ein Artikel des von Herrn Trist abgeschlossenen Friedens lautete, daß das erworbene Land „baldmöglichst“ mit der Union vereinigt werden sollte. Statt dessen beliebte der Senat die Worte: „sobald es angemessen und zweckmäßig ist.“ Der 32 Grad Breite ist als Grenze beibehalten. — Im Hause der Repräsentanten ist leider wieder einmal eine Scene vorgekommen, wie sie den Nordamerikanern so bitter vorgeworfen zu werden pflegt. Herr Jones und Herr Harralson, Beide Abgeordnete aus den südlichen Staaten, wo leider die Sklaverei, also die Gewalt herrscht, geriethen mit einander in Wortwechsel und fochten ihren Streit zuletzt mit den Fäusten aus.

Lokales und Provinzielles.

** Breslauer Communal-Angelegenheiten.

Breslau, 7. April. (113 Nationalvertreter.) Im Verlauf der gestrigen Sitzung stellte der Stadtverordnete Linderer einen Antrag bezüglich der 113 Nationalvertreter, welche der Landtag zum Sitz am Bundestage wählen soll. Der Redner begann damit, daß er auf den jüngsten Bundestags-Beschluß hinwies, nach welchem die Fürsten auf verfassungsmäßigem oder auf anderem geeigneten Wege Nationalvertreter zur Begründung des deutschen Verfassungswerkes an den Bundestag senden sollen. Diesem Beschlusse gemäß habe zu seinem Erstaunen das neue verantwortliche Ministerium dem Landtage die Proposition vorgelegt, daß derselbe 113 Nationalvertreter für Preußen zu jenem Zwecke wählen solle. Er (Linderer) müsse erklären, daß der vereinigte Landtag seiner Stellung, seiner Zusammensetzung und seinen Befugnissen nach nicht competent zu erachten sei. Der König selbst habe in seiner Thronrede ausgesprochen: „daß die Landtagsdeputirten nicht etwa ein Gelüste haben mögen, sich als Volksrepräsentanten zu zeigen, sie seien nur Vertreter ihrer selbst, ihrer Stände.“ Eine solche Corporation von Grundbesitzern, fuhr der Redner fort, habe nicht das Recht, Nationalvertreter zu wählen, die das Geschick des ganzen Volkes mit entscheiden sollen. Die Versammlung müsse hiergegen bei dem Ministerium protestiren, und da sie selbst nicht einmal gewünscht, daß der Landtag zusammenkomme um das Urwahlgesetz zu berathen, so hieße es den Anträgen der früher nach Berlin geschickten Deputation ins Gesicht schlagen, wenn man jetzt nicht protestiren wolle. (Die letzten Worte erregten in der Versammlung lautes Mißfallen, im Publikum noch lautern Beifall, worauf der Vorsteher das Publikum zur Ordnung rief.) Stadtverordneter Kopisch schloß sich sogleich dem Antrage an. Der Landtag sei gar nicht berufen auf andre weitere Dinge einzugehen und so das allerwichtigste, das Urwahlengesetz zu verzögern. Er finde kein Heil, wenn die Wahl der 113 in die Hände des Landtags, der gar nicht befugt sei, Volksvertreter zu wählen, gelegt werde, das Wohl Deutschlands stehe auf dem Spiele und er fühle es, daß die Unruhen nicht gestillt, ja vermehrt werden, wenn diese, gar nicht aus der Volkswahl hervorgegangenen, sondern nur vom Landtage gewählten Vertreter des Volkes, zum Bundestage geschickt werden.

Der Vorsteher, wie es uns wenigstens schien, im Princip wohl mit dem Antrage einverstanden, trat dagegen auf, indem er hervorhob, daß man durch einen Protest dem verantwortlichen Ministerium ein Mißtrauen zeige, daß es aber die Absicht sein müsse, das Vertrauen zu befestigen und die Minister zu unterstützen, daß es besonders unmöglich scheine, auf eine andre Weise bis zum 1. Mai Volksrepräsentanten zu wählen; Kopisch und Linderer behaupteten, daß erstens dies keine Unmöglichkeit sei, daß, wenn z. B. der Landtag sich selbst für incompetent erklärte, doch der von ihnen bezeichnete Weg vorgenommen werden **müsse,** dies also auch jetzt schon geschehen könne. Auf Gräff's Bemerkung, daß, wenn auch der Landtag die Nationalvertreter schickte, die durch Urwahlen später zusammentretende Versammlung die Geschickten rehabilitiren könne oder nicht, erwiderte Linderer, daß gerade dies ihn zum Festhalten seines Antrages bestärke, weil, wenn einmal die vom Landtage gewählten 113 am Bundestage mehrere Wochen fungirt hätten, abberufen und andere, die mit den ganzen schon geführten Verhandlungen dann nicht vertraut seien, das gerade einen großen Nachtheil bringen müsse, und aus diesem Grunde würde man später sagen, „die 113 sind einmal schon so und so lange dort, man könne sie jetzt ohne Nachtheil nicht entfernen“, und würden sie abbe-

*) Die Nachrichten aus Paris vom 3. April, welche wir auf gewöhnlichem Wege haben könnten, sind ausgeblieben. Red.

rufen, so könnten in wenigen Wochen die ersten 113 den reactionären Einfluß hinreichend geltend machen. Kopisch glaubte, daß Preußen eine so wichtige Stimme in Deutschland habe, daß, im Fall Preußen einige Tage Verzögerung verlange, diese zugestanden werden, auch sei, da alle Staaten beschicken, vorauszusehen, daß der Termin des ersten Mai von selbst nicht inne gehalten werden wird. Regenbrecht hatte sich schon vorher dem Antrage des Linderer angeschlossen, indem er erklärte, daß die Zusammenberufung des Landtages nur aus formalem Grunde geschehen sei, und mit der Berathung des Urwahlgesetzes seine Befugnisse aufhören müßten. Der Landtag scheine das ganz vergessen zu haben, beabsichtige, sich lieber mit anderen Dingen zu beschäftigen und scheine überhaupt Lust zu haben zu temporisiren. Hübner hatte ebenfalls erklärt, daß es besser sei, wenn der Landtag nicht die Wahl vornehme, er müsse jedoch aus angeführten Gründen dem Vorsteher beitreten. Der Vorsteher selbst stellte das Amendement, bloß die Bitte bei dem Ministerium auszusprechen, die Urwahlen zu beschleunigen, damit noch von der neuen Versammlung die 113 Vertreter gewählt werden können. Ludewig trat darin bei. Da Linderer auf seinem Antrag, den er nochmals formulirte, beharrte, so wurde darüber abgestimmt. Für den Antrag stimmten nur Kopisch, Hipauf, Lockstädt und Schreiber. Das Amendement wurde angenommen. So eben lesen wir in dieser Zeitung, daß derselbe Antrag, der in dieser Versammlung fiel, in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung mit großer Majorität angenommen worden ist.

(Brotpreise.) Die sogenannte Bäckerfrage kam zur Sprache, und wurde eine Commission niedergesetzt, welche nicht blos über Einrichtung einer zweckmäßigen Communal-Bäckerei, sondern auch über die von Volksversammlungen eingegangenen oder noch eingehenden Anträge, die hierauf und auf Victualien überhaupt sich beziehen, prüfen und Vorschläge machen soll. Die Commission wird alle Mittel und Wege suchen, die Sache zu reguliren und alle Anträge und Vorschläge, die von Privaten an den Magistrat gelangen, erwägen, auch Personen, die guten Rath zu geben vermögen, zur Berathung ziehen.

(Siechhaus.) Nach Beschluß der Commission wird das große Siechhaus auf dem der Stadt gehörigen erhöhten Terrain auf der Nordostseite hinter dem polnischen Bischof erbaut und das Gebäude mit einem Garten umschlossen werden. — Die Brandbonifikationen sind auf 17,106 Rtlr. festgestellt; es werden auf 100 Rtlr. 2 Sgr. ausgeschrieben.

(Wahlen.) In der nächsten Sitzung wird die Wahl eines Stadtrathes vorgenommen; Kaufmann Laßwitz ist vorgeschlagen; da noch eine zweite Stadtrathstelle erledigt ist, so wurde der Baron Stücker vorgeschlagen.

* **Breslau**, 7. April. Die in der Nacht vom 5—6 d. M. vorgefallenen Scenen haben gestern mehrere Versammlungen von Einwohnern unserer Stadt veranlaßt. Eine derselben, von über 100 Bürgern und Schutzverwandten besucht, die auch die Bildung eines politischen Clubbs in Erwägung zogen, fand in dem Pöhlmann'schen Garten, eine zweite, bei weitem zahlreichere im Saale zum Fürsten Blücher statt; eine dritte soll in der Nikolai-Vorstadt abgehalten worden sein. Die Versammlung im Fürsten Blücher einigte sich über eine, an den Magistrat zu richtende und gegen die Wiederholung jener Scenen sich verwahrende Adresse, die schon heut in sämmtlichen Bezirken zur Unterzeichnung coursirt und unmittelbar nach der Einreichung publicirt werden wird. Davon in Kenntniß gesetzt, ließ die erstere Versammlung im Pöhlmann'schen Garten die in ihrer Mitte entworfene Adresse fallen und schloß sich der zweiten an.

* **Breslau**, 7. April. Eine Versammlung von Referendarien und Auskultatoren der hiesigen Gerichts-Kollegien hatte sich am vorigen Sonntage im Café-Restaurant zusammengefunden, um eine Adresse an den Justiz-Minister, betreffend die Abstellung einer Reihe von Uebelständen in ihrer Stellung und Beschäftigung zu berathen. Die Anwesenden waren fast alle von der Nothwendigkeit der Beseitigung dieser Uebelstände überzeugt. Jedoch sprach sich die Mehrzahl gegen die sofortige Erlassung einer Adresse aus. Dagegen wurde auf den Antrag eines der Anwesenden beschlossen, daß ein Clubb von Referendarien und Auskultatoren gegründet werde, um die einzelnen Uebelstände gründlich zu besprechen und so in einer zu geeigneter Zeit zu erlassenden Adresse auf die Wege zur Abhilfe aufmerksam machen zu können. — Die regelmäßigen Versammlungen dieses Clubbs finden jeden Sonnabend Abends um 7 Uhr im Café-Restaurant statt. Der Gegenstand der Besprechung für die morgende Versammlung soll die Frage sein: „ob etwas geschehen solle, um die Referendarien der übrigen Gerichts-Kollegien Preußens zu ähnlichen Schritten zu veranlassen?“ Da zu der ersten Versammlung eine große Anzahl der hiesigen Referendarien nicht erschienen waren, so wurde beschlossen, diese, wie hiermit geschieht, von der Bildung des Clubbs zu benachrichtigen.

Postbeamten-Wünsche.

(Aus Nr. 5 der „National-Zeitung“ abgedruckt.)

Da es jetzt gilt, ein freies aber wahres Wort zu sprechen und da auf uns der Druck der nun zu Grabe getragenen Censur nicht mehr centnerschwer lastet, so wollen auch wir unsere Stimmen erheben, und eine Verbesserung unsrer sehr gedrückten Lage herbeizuführen uns bestreben. Wiewohl wir Beamte eines Instituts sind, dem das Publikum sein Hab und Gut anvertraut, wiewohl wir zur Beförderung der geistigen Bildung der Gesammtheit nicht wenig beitragen, so sind wir dennoch diejenigen des preußischen Beamtenstandes, deren Verhältniß das am wenigsten beneidenswerthe ist: bei sehr kärglicher Besoldung, die weder unserer großen Verantwortung noch unserm sehr angestrengten Dienste angemessen ist, werden wir von unserer Behörde — dem General-Postamte — mit einer Willkür und Härte behandelt, der man nicht mit Unrecht das Epitheton „Russisch“ beilegen kann, bei der sich das Gefühl jedes gebildeten Mannes empören muß. Junge Leute, die größtentheils durch sehr verschiedenartige Protectionen — keineswegs durch ihre Fähigkeiten — auf die Stufe eines „Geheimen Expedirenden“ gekommen, wetteifern mit einander, den Befehlen eines sogenannten General-Direktors nachzukommen, uns im Dienste ergraute Provinzialbeamte mit schnöden und groben Redensarten zu tractiren. Leider haben wir uns diese, dem jetzigen Zeitalter nicht entsprechende Begegnung gefallen lassen müssen, da uns gegenüber dieser diktatorischen Behörde jeder Rechtsweg benommen war und noch ist. Doch das kann, das wird so nicht bleiben! Vertrauen wir auf die freie Presse, die unsere Klagen, unsere Leiden an das Ohr des neuen Regime bringen wird. An uns Postbeamte sei es aber nun, mit Offenheit und Wahrheit hervorzutreten! Demzufolge machen wir unseren Kollegen nah und fern folgenden Vorschlag: Der preußische Subalternpostbeamtenstand vereinbart sich auf dem Wege der Association über die zu ergreifenden Maßregeln und über die Bildung eines Organs, dem die festgestellten gemeinsamen Interessen und Gerechtsame zur Vertheidigung und Initiative anzuvertrauen sind. Dann wollen wir vor allen Dingen vereint darauf antragen, daß Herr Generalpostmeister v. Schaper als Chef des Postinstituts die Zügel selbst ergreife und nur allein führe, namentlich aber den wichtigen Zweig der Personalien selbst übernehme und keinen Diktator neben sich dulde! Wir wollen ferner beantragen, daß es Herrn v. Schaper belieben möge, sich künftig bei Anstellungen und Beförderungen streng an eine bekannt zu machende Vorschrift zu halten, also dem arg eingerissenen Protectionswesen ein Ziel zu setzen. Möge Herr v. Schaper durch baldige Gewährung dieser wichtigen Anträge uns zeigen, daß ihm das Wohl der Postbeamten am Herzen liegt, möge er uns dadurch beweisen, daß er fähig ist, selbstständig zu wirken und zu handeln, dann wollen wir getrost in die Zukunft blicken!

Mehrere Postsekretäre der Provinz Schlesien.

Warum finden die Ablösungen kein Ende?

Diese Frage, welche wohl schon so Mancher im Stillen aufgeworfen haben mag, ist auch in der Schlesischen Zeitung neulich gestellt worden. Es ist berechnet worden, daß sämmtliche Ablösungen beendet sein müßten, wenn jeder Commissarius, deren es in Schlesien 34 giebt, jährlich nur in 10 Dörfern vollständig aufräumte, und es ist hieraus gefolgert worden, nur der schuldbaren Verzögerung der Ablösungsbehörden, d. i. der königlichen General-Commission und deren Commissarien sei es zuzuschreiben, daß die Ablösungen noch immer kein Ende nehmen. Diese schon öfter aufgestellte Ansicht zeigt aber von völliger Unkenntniß der bestehenden Gesetze. Hüten wir uns, oberflächlich das den Personen zur Last zu legen, was an den Sachen, an den gesetzlichen Einrichtungen zu tadeln ist.

Zuvörderst muß bemerkt werden, daß in Schlesien die mit Eigenthumsverleihung verbundenen Regulirungen, die großen Ackerseparationen und Gemeinheitstheilungen so wie die Spanndienst-Ablösungen fast überall beendet sind.

Gegenstand der Ablösung sind heut noch besonders

1) die auf den Forsten des Staates und den Dominien lastenden Servitutsberechtigungen der Rustikalbesitzer, vornämlich in Oberschlesien und in der Lausitz;
2) die Handdienste, Hühner- und Eierzinsen der Freigärtner;
3) die Dienste der mit Hebe und mit Mandel belohnten Dreschgärtner und vor allem
4) die Laudemien und Markgroschen.

Man sieht hieraus, was in mehr als 25 Jahren geschehen, und was noch zu thun ist. Ich behaupte aber dreist:

Wenn die gegenwärtigen Gesetze bestehen bleiben, werden die Ablösungen bei dem größten Eifer der Behörden noch in 100 Jahren nicht beendet sein.

Die Ursache liegt ganz einfach in dem ganz übersehnen Hauptgrundsatz aller Ablösungen:

Keine Ablösung darf eingeleitet werden, wenn nicht eine Partei die Einleitung beantragt, sehr viele Lasten sind gar nicht ablösbar, jedes Ablösungsverfahren muß eingestellt werden, so wie der Ablösungs-Antrag zurückgenommen wird.

Dieses Prinzip, welches dem Regulirungs-Edikt vom 14. Septbr. 1811 fremd war und erst später eingeführt worden ist, macht es erklärlich, daß die Ablösungen unendlich werden. Einer trägt heut auf Ablösung an, einer morgen, ist man mit den Servituten fertig, muß man mit den Diensten oder den Laudemien wieder von vorn anfangen. Zeit, Arbeitskraft, Geld und gute Worte werden maßloß verschwendet, und es ist wohl erklärlich, wenn die Geduld der Rustikalbesitzer, welche aus Unkenntniß alle diese Uebelstände nicht den Gesetzen, sondern den dieselben ausführenden Personen zur Last legen, zuletzt gleichfalls ihr Ende nimmt.

Könnten aber in jedem Dorfe alle Lasten auf einmal abgelöst werden, würden die technischen Streitfragen mit Hülfe von Kreisvermittelungs-Behörden, deren Wirksamkeit sich jetzt nur auf machtlose Vergleichsversuche beschränkt, nicht durch Erkenntniß, sondern auf schiedsrichterlichem Wege gelöst, dann würde sehr bald eine andere Lebendigkeit eintreten und der preußische Staat würde die ruhmreiche Aufgabe, welche er sich bei Emanirung der Ablösungsgesetze stellte, zum Besten des allgemeinen Wohles binnen Kurzem ihrer endlichen Lösung entgegenführen. Sk.

△ **Breslau**, 7. April. Referent giebt hiermit die freiwillige Erklärung ab, daß er in seinem, in der heutigen Zeitung enthaltenen Bericht über die vorgestrigen Volksversammlungen weder die Person des Herrn Engelmann bei dem Volke verdächtigen, noch auf Kosten desselben die des Herrn Semrau hat heben wollen. Ueberhaupt hat Referent in seinen Berichten keineswegs das Persönliche, wohl aber das Gedeihen der Sache des Volks im Auge.

Breslau, 7. April. In dem Referate über die am 5. d. M. abgehaltene Versammlung im Garten zur goldenen Sonne ist von Herrn Pfitzner gesagt, daß er an das Ablesen der Proklamation des General von Colomb in Posen die Bemerkung geknüpft habe, „daß die Staatsregierung gewiß nicht gewillt sein könne, ihre Verheißungen zu halten, indem General v. Colomb doch unmöglich aus eigenem Antriebe jene Proklamation hätte erlassen können. Wir könnten uns darauf gefaßt machen, daß auch wir in unseren Erwartungen auf ähnliche Weise getäuscht werden.“ Dies ist ein Irrthum, der Redner hat im Gegentheil die Vermuthung ausgesprochen, daß die Militärbehörden hiebei eigenmächtig gehandelt haben möchten, da wir keinen Grund haben, in unser jetziges Ministerium Mißtrauen zu setzen. Ferner hat der Redner den Antrag gestellt, man möge sich durch eine Deputation an unsere Behörden, sowohl des Militärs wie des Civils, in Kenntniß setzen, wie jene Schritte in Posen zu erklären seien; endlich hat dieser Redner von der Landwehr kein Wort gesprochen und ist somit ohne allen Antheil an jenem Auflauf auf dem Exerzierplatz.

Berichtigung.

Das in Nr. 38 erste Beilage, enthaltene Referat über das Resultat der am 5. Abends abgehaltenen Volksversammlung enthält die Behauptuug: „es sei mir die Beruhigung der Menge um so weniger gelungen, als ich die Nachricht von dem Verfahren des Generals von Colomb für ein leeres Gerücht **auszugeben suchte.** Diese Angabe ist **falsch.** Zunächst liegt es meinem Charakter durchaus fern, dadurch, daß ich etwas auszugeben suche, auf die Beruhigung der Gemüther zu wirken. Ich habe vor den auf dem Exerzierplatz Versammelten erklärt, daß auch ich über die Vorgänge in Posen außer den allgemein bekannten Privatnachrichten erhalten habe, die mich in hohem Grade beunruhigten, und daß ich, um Aufschluß zu erlangen, mich sofort zu dem Herrn Oberpräsidenten Pinder begeben, und von diesem auf sein Wort die Erklärung erhalten habe, daß an dem Morgen jenes Tages der General von Willisen nach Posen abgereist sei mit dem bestimmten Auftrage, in Gemeinschaft mit dem polnischen Civil-Gouverneur die Organisation des polnischen Nationalmilitärs zu übernehmen; daß außerdem das Breslauer Landwehrbataillon die Bestimmung habe, den an der schlesischen Grenze detachirten Linientruppen nachzurücken. Ferner erklärte ich, daß ich eine Deputation an den Herrn Grafen v. Brandenburg nicht übernehmen könne, da nach meiner Ansicht ein Einfluß auf die Bestimmung des Militärs, in dem gegebenen Falle der Landwehr, die auch ich zunächst nur zum Schutze der Provinz berufen erachte, nur durch Vermittelung der obersten Civilbehörden der Provinz möglich und thunlich sei.

Wenn diese meine Erklärung nicht beruhigend wirkte, so ist das nicht meine Schuld. Ich kann und werde aber niemals andere Erklärungen abgeben, als welche ich mit meiner innigsten Ueberzeugung vertreten kann.

Dies zur Steuer der Wahrheit mit dem Wunsche, der Referent möge künftig seine Mittheilungen mehr der wahren Sachlage als seiner subjectiven Ueberzeugung anzupassen suchen.

Dr. **Engelmann.**

Aus dem Wohlauer Kreise, 5. April. Die in der Zeitung vom 5ten enthaltene Mittheilung über die Versammlung bei Winzig ist jedenfalls, da letztere erst am 4ten Statt fand, vorweg eingesandt worden und bedarf einer Ergänzung.

Der Wortlaut des Rundschreibens berechtigte allerdings zu Zweifeln über die zum Grunde liegenden Bestrebungen. Es hat sich jedoch in der aus Gutsbesitzern, Städtern und Landleuten bestehenden Versammlung nichts von Rückschritts-Absichten gezeigt, denn die Besprechung drehte sich eigentlich gar nicht um politische

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

Zweite Beilage zu № 84 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 8. April 1848.

Kundgebungen, sondern lediglich um eine Vereinbarung der verschiedenen Stände des Kreises zur Wahrung und gegenseitigen Ausgleichung ihrer Interessen. Der aus dem Rundschreiben allerdings leicht zu deutende Widerspruch gegen die Stimmführung der Hauptstädte wurde durch einen Redner, welcher auf die Verdienste ihrer Bürgerschaften und Stadtbehörden um das Wohl des Volkes hinwies, von vornherein in einen Zuruf des Dankes an dieselben umgewandelt. Die ganze Berathung erstreckte sich demnächst nur auf die Formen bei der Wahl der Deputirten aus den Kreisdistrikten. In wiefern diese bei ihrem Zusammentreten sich nur mit den Sonderinteressen der einzelnen Stände beschäftigen, oder auch eine Hebung und Aufklärung des politischen Bewußtseins unter der Einwohnerschaft des Kreises anbahnen werden, muß die Folge lehren.

Dr. W.

---

* **Neisse**, 6. April. Gestern und vorgestern Nachmittag, in 2 Abtheilungen, hatten sich die waffenfähigen Bürger der Stadt auf dem sogenannten Spielplatze bei Rochus eingefunden, um weitere Anordnungen für ihren Zusammentritt zu treffen und vom Bürgermeister und ihrem Führer, dem Landgerichts-Rath Hennig, über den Zweck und die Tendenz einer möglichen Bewaffnung in Kenntniß gesetzt zu werden. Die Kommandantur hat für diesen Fall 2000 Gewehre zur Disposition der Bürger gestellt. Außerdem hat sich ein Schützen-Corps von 50—60 Mann gebildet, welches eine gleichförmige Kleidung anlegen wird und sich sehr fleißig im Schießen übt. Unsere Festungsbehörden sind sehr thätig, alle Zugbrücken werden hergestellt, neue angebracht und viele Reparaturen vorgenommen; auch hat man das Wasser in die Gräben geleitet und an mehren Punkten pallisadirt. Um 10 Uhr werden sämmtliche äußere Barrieren geschlossen, und es dürfen dann nur Personen eingelassen werden, welche Depeschen, Aufträge oder sonstige Mittheilungen an den Kommandanten zu machen haben, die eine schleunige Berücksichtigung erfordern. Auch sind alle die Lokale untersucht worden, die sich zur Unterbringung von Lebensmitteln eignen. — Herr Heinisch giebt nach kurzem Aufenthalt seine letzte Theatervorstellung heute, weil er gleich seinen Vorgängern aller Bemühungen ungeachtet keinen seine Ausgaben deckenden Besuch erlangen kann. „Der Günstling" oder „Keine Jesuiten" war von ihm mehrmals angekündigt, das Stück scheint aber durch dieselben Leute wieder hintertrieben worden zu sein, die schon früher gegen dessen Aufführung protestirten. Ihr Einfluß scheint also nach wie vor derselbe.

Mannigfaltiges.

— In Brügge ist einer der Helden der Diebesbande festgenommen worden, welche die Tuilerien beraubt haben. Man hat in seinem Hause für 150,000 Frs. Juwelen gefunden. Der Verhaftete heißt Hoornau und ist aus Brügge gebürtig.

— Am Montag voriger Woche liefen in Bonn Hunde herum, welche die schwarz-roth-goldene Kokarde trugen, und sofort erschien in dem „Wochenblatte" die Aufforderung, die Namen der Besitzer „der Oeffentlichkeit zu übergeben, damit sie die Verachtung aller treffe, die ein Herz für ihr Vaterland haben." Am folgenden Tage erschien eine „Entschuldigung", worin es hieß, die betreffenden Herren seien vielleicht nicht so schuldig, als man glaube. „In dem klaren Bewußtsein, daß sie selbst die erwähnten Farben zu tragen unwerth seien, in dem richtigen Gefühle, daß ihre Hunde mehr werth seien, als sie selbst, suchten sie auf die oben charakterisirte Art diese zweifache Wahrheit Jedermann zur Anschauung zu bringen." Darauf übergiebt ein Stud. med. H. W. Tendering „den Namen desjenigen, welcher den elenden Versuch gemacht, die deutsche Kokarde zu beschimpfen, der Oeffentlichkeit; er heißt: Wilhelm von Rauchhaupt aus Halle."

Verzeichniß

derjenigen Schiffer, welche am 6. April Glogau stromaufwärts passirten.

Schiffer oder Steuermann	Ladung	von	nach
H. Pavel aus Maltsch,	Kartoffeln	Lebuse	Breslau.
K. Nawrodt aus Auras,	dto.	dto.	dto.
D. Paul aus Neusalz,	Güter	Berlin	dto.
F. Zander aus Neu-Zittau,	dto.	dto.	dto.
E. Döring aus Stettin,	Militäreffekten	Glogau	dto.

An den königl. geh. Staats-Minister
Herrn Camphausen Exc.

Excellenz!

Die Bundes-Versammlung hat in ihrer Sitzung vom 30. März c. beschlossen: Zur beschleunigten Entwerfung der Grundlagen einer neuen Bundes-Verfassung die Bundes-Regierungen aufzufordern, in ihren sämmtlichen, dem deutschen Staaten-Systeme angehörigen Provinzen auf verfassungsmäßig bestehendem oder sofort einzuführendem Wege Wahlen von Nationalvertretern anzuordnen, welche am Sitze der Bundes-Versammlung an einem schleunigst festzustellenden, möglichst kurzen Termine zusammenzutreten haben, um zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen.

Als provisorischer Maßstab der Bevölkerung, nach welchem die gedachten Volksvertreter in jedem Bundes-Staate zu erwählen seien, wurde festgesetzt, daß auf 70,000 Seelen der Bevölkerung ein Vertreter zu erwählen sei, und daß auch denjenigen Staaten, deren Bevölkerung nicht 70,000 Seelen betrage, die Wahl eines Vertreters zustehen solle.

Die in Frankfurt a. M. zusammengetretene vorberathende Versammlung zum deutschen Parlamente hat hiernächst in ihrer Sitzung am 2. April c. einstimmig beschlossen:

> daß die constituirende National-Versammlung am 1. Mai c. in Frankfurt zusammentreten solle.

Mit Bezug auf den erstgedachten Beschluß ist dem vereinigten Landtage das allerhöchste Propositionsdekret vom 3. April c. vorgelegt worden, nach welchem derselbe aufgefordert wird, die nach dem provisorischen Maßstabe auf die zum deutschen Bunde gehörigen Landestheile des preußischen Staates fallenden 113 Vertreter nach den Provinzen zu wählen, auch die Wahl der nach gleichem Maßstabe auf die Provinzen Preußen und Posen fallenden Vertreter für den Fall zu vollziehen, daß diese Provinzen den Wunsch aussprechen sollten, dem deutschen Bunde einverleibt zu werden.

Dieser Aufforderung ist der Vorbehalt beigefügt:

> daß, wenn die auf Grund des neuen Wahlgesetzes zu bildende Versammlung der Vertreter des preußischen Volkes, wie jedoch kaum zu erwarten sei, früher als die Versammlung der deutschen National-Repräsentation zusammentreten sollte, des Königs Majestät sich vorbehalte, mit derselben über eine den veränderten Verhältnissen angemessene Vertretung des preußischen Volkes bei der deutschen National-Repräsentation eine Vereinbarung zu treffen.

Die allerhöchste Proposition vom 3. April d. J. giebt, indem sie dem vereinigten Landtage die Wahl der Vertreter überträgt, dem Bundestags-Beschlusse vom 30. Mai d. J. eine Auslegung, mit welcher wir uns, als dessen Wort und Sinne nicht entsprechend, in keiner Weise einverstanden erklären können. Diese Auslegung könnte nur in dem einzigen Falle eine Rechtfertigung finden, wenn die Wahl der Vertreter Preußens in der auf Grund des neuen Wahlgesetzes zu berufenden Volksvertretung eine Sache der Unmöglichkeit wäre, unser Staat mithin in die Lage käme, auf der deutschen National-Versammlung gar nicht vertreten zu sein.

Obwohl nun in dem vollsten Maße anerkennend, daß die schleunigste Berufung dieser National-Versammlung dringendste Nothwendigkeit für die Feststellung der inneren und äußeren Verhältnisse der deutschen Bundesstaaten sei, so können wir gleichwohl nicht glauben, daß, sofern die Wahl der Abgeordneten der preußischen Volksvertretung auf Grund des bereits von dem vereinigten Landtage berathenen Wahlgesetzes sofort ins Werk gesetzt wird, es nicht möglich sein sollte, das Zusammentreten dieser Volksvertretung dergestalt zeitig zu bewirken, daß durch sie — als den ersten Akt ihrer Thätigkeit — die Wahl der preußischen Abgeordneten für die deutsche National-Versammlung vollzogen werde. Wir können dies um so weniger annehmen, als es bei der nothwendigen Zuziehung der Vertreter für die österreichischen, dem deutschen Staatenbunde angehörigen Provinzen, ohnedies außer den Grenzen der Möglichkeit liegen wird, an dem, von der vorberathenden Versammlung beschlossenen Zeitpunkte — den 1. Mai — die deutsche National-Versammlung zu eröffnen.

Sollte indessen diese Eröffnung gleichwohl erfolgen, bevor die Wahl der preußischen Volksvertreter durch die auf Grund des neuen Wahlgesetzes zu berufende preußische National-Versammlung trotz deren äußersten Beschleunigung ermöglicht werden könnte, sollte also unser Staat, der durch kein Mittel abzuwendenden Möglichkeit ausgesetzt sein, auf der deutschen National-Versammlung unvertreten zu bleiben, so können doch die von dem vereinigten Landtage getroffenen Wahlen nur als provisorische erachtet werden, der auf Grund des Wahlgesetzes zu berufenden preußischen Volksvertretung mithin vorbehalten bleiben müssen, nach ihrem Zusammentreten sofort zu einer neuen Wahl der preußischen Volksvertreter zu schreiten. Wir müssen hierauf um so mehr beharren, als wir der Ansicht sind, daß nur unter diesem Vorbehalte die von dem vereinigten Landtage erwählten Abgeordnete von den Vertretern der übrigen deutschen Staaten als die Vertreter des preußischen Volks werden anerkannt werden.

Wir fügen dieser Erklärung das dringendste Gesuch bei:

> dem Zusammentritte der preußischen National-Versammlung durch sofortige Bewerkstelligung der Wahlen und Einberufung der Vertreter die größte Beschleunigung angedeihen zu lassen.

Breslau, den 7. April 1848.

Der Magistrat und die Stadtverordneten.

Inserate.

Bekanntmachung.

Statt des sonst alle Jahre stattgefundenen Lätare-Umganges der Waisenkinder des Knabenhospitals in der Neustadt und des Kinderhospitals zum heiligen Grabe, sollen auch in diesem Jahre für jedes der Hospitäler die Gaben der Liebe in 2 Büchsen gesammelt werden, wovon eine für die Kinder, die andere zur Unterhaltung des betreffenden Hospitals bestimmt ist.

Wir bringen dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß und richten an alle Einwohner hiesiger Stadt die Bitte:

> durch reichliche Spenden auch in diesem Jahre die Theilnahme für beide Waisenhäuser freundlichst zu bethätigen.

Breslau, 31. März 1848.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Aufforderung.

Es ergeht an alle Männer ächt konstitutioneller Gesinnung aus allen Klassen und Ständen Breslaus die Aufforderung, zu einem Vereine zusammenzutreten, dessen Zweck in dem Austausche der Ansichten über die öffentlichen Angelegenheiten — im weitesten Sinne des Wortes — bestehen soll.

Listen für die Namens-Einzeichnung der Theilnehmer liegen im Börsenlokale aus.

Die sofortige Einladung zu der ersten Versammlung ergeht, sobald diese Liste eine hinlängliche Anzahl von Theilnehmern nachweist.

H. Gräff. Th. Molinari.

Zur Würdiguug des Schmäh-Artikels in der Breslauer Zeitung vom 6ten d. Mts. Nr. 82 erlaube ich mir das vom Direktorium des Stadtgerichts ausgestellte Attest der Oeffentlichkeit zu geben.

Breslau, den 7. April 1848.

Schauder.

Pflichtgemäß wird bescheinigt, daß, so lange das unterzeichnete Direktorium an der Spitze des Stadt-Gerichts steht, Beschwerden von Bürgern und Einsassen der Stadt Breslau, oder von Andern über ein unangemessenes und unwürdiges Betragen des Kanzlei-Rathes Schauder gegen dieselben in amtlicher Beziehung nicht zu unserer Kenntniß gekommen, viel weniger bei uns geführt sind, daß derselbe, dem uns leidenten Prinzipe entsprechend, mit der Freundlichkeit und der Bereitwilligkeit dem Publikum entgegen tritt, welche den Beamten und den Menschen ehren, und daß dienstliche Geschäftsführung des Kanzlei-Raths Schauder bis jetzt stets gerechte und volle Anerkennung gefunden hat.

Breslau, den 7. April 1848.

Direktorium des königlichen Stadtgerichts.

Der von einer am 5. April stattgehabten Volksversammlung gewählten Kommission ist folgendes Rescript zugegangen:

Auf Ihren 'gestern im Auftrage der am 5. April d. stattgefundenen Volksversammlung zu Protokoll gegebenen Antrag:

1) wegen sofortiger Einrichtung einer Viktualien- und Markt-Polizei, und

2) wegen amtlicher Bekanntmachung der nach den bestehenden Getreidepreisen möglichen Brotpreise, nach Pfunden, sowie daß die Bäcker die Gewichtszahl nebst ihrem Zeichen auf jedem Brote einzubacken hätten;

erwiedern wir hiermit Folgendes:

Zu 1) daß die Ausübung der Marktpolizei z. Z. dem königl. Polizei-Präsidio allein obliegt, dasselbe aber von uns neuerdings angegangen werden soll, die Kontrole über richtiges Maaß und Gewicht, sowie über gute Beschaffenheit der Lebensmittel auf das strengste zu führen.

Zu 2) daß es dem Prinzip der allgemeinen Freiheit entschieden zuwider laufend wäre, wenn Einzelne

der Gesellschaft mit Zwangstaxen belegt werden sollten; dagegen wird das königl. Polizei-Präsidium von uns ersucht werden, die hiesigen Bäcker mit Ernst dazu anzuhalten, die Brote nur nach runden Pfunden zu backen und ihnen nur zu überlassen, den Preis des Pfundes Brot nach eigenem Ermessen zu stellen.

Außerdem ist von uns und der Stadtverordneten-Versammlung bereits beschlossen, eine Kommission zur Etablirung einer Bäckerei zu bestellen, durch welche das Brot zu den nur irgend möglichst niedrigen Preisen geliefert und die hiesigen Bäcker dadurch veranlaßt werden könnten, den Preis des Brotes niedriger als bisher zu stellen.

Breslau, den 7. April 1848.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Am 29. März ging mir der Befehl zu, das Landwehr-Bataillon in der Stärke von 1002 Köpfen zu formiren. Am 1. April waren die Wehrleute, selbst aus dem entferntesten Theile des Bezirks, solche, die 12 Stunden vorher erst die Ordre bekommen hatten — und es betraf dies grade die polnischer Abkunft — hier versammelt. — Am 2. April konnte ich eine Ueberzahl von 350 Wehrleuten in die Heimath entlassen. — Aus dem rein polnischen Distrikt lagen die bei weitem wenigsten Reklamationen vor. —

Diese öffentliche Anzeige wird zur Berichtigung der Ansichten dienen, welche in andern Provinzen des preußischen Staats darüber vorherrschen mögen: was die diesseitige Bevölkerung will!

Lissa, den 5. April 1848.

v. Bialcke,
Major und Kommandeur des polnisch-lissaer Landwehr-Bataillons.

In einer so aufgeregten Zeit, wie die jetzige, wo man durch Wort und Schrift bemüht ist, zum Umsturz alles Bestehenden aufzureizen, verdient das Verhalten derjenigen Gemeinden, welche diesen Aufreizungen widerstehen und die Schranken des Gesetzes nicht überschreiten, dankbare Anerkennung. Diese Anerkennung bin ich den Gemeinden Pathendorf, Gr.-Sürchen, Leipnitz, Thiergarten im Wohlauschen Kreise und Kniegnitz im Neumarktschen Kreise, schuldig und spreche ich hierdurch öffentlich aus.

Groß-Sürchen, den 6. April 1848.

v. Köckritz.

Wenn in den jetzt unruhvollen bewegten Zeiten, in denen die Sünde eine reiche Ernte zu machen hoffte, ganze Gemeinden sich verleiten ließen, vom Wege des Rechtes, des Gesetzes und aller und jeder Sitte, wie Preußens Geschichte seit Jahrhunderten Aehnliches nicht aufzuweisen hat, abzuweichen, so ist es mir, der ich anderwärts die bittersten Erfahrungen machen mußte, vor Allem Bedürfniß und Pflicht, die Gemeinde Frauenhain und Rungendorf als eine Solche öffentlich zu bezeichnen, die den Weg nicht einen Augenblick verlassen, den ihre Urväter schon betreten und der ihnen und ihren Kindeskindern noch zum Segen gereichen wird, den Weg des Gehorsams, der Achtung vor dem Gesetz und der Liebe zu ihrer Grundherrschaft. Ich spreche derselben meinen Dank hiermit öffentlich aus, möge sie ferner ihre Gesinnungen lauter erhalten und eine Leuchte für alle Schwankende und Bösgesinnte bleiben.

Frauenhain bei Mettkau, 7. April 1848.

Graf Zedlitz-Trützschler.

In Nr. 82 dieser Zeitung befindet sich ein mit G Breslau, den 2. April überschriebener Artikel, dessen Verfasser so ungeheuer deutsch geworden ist, daß er mit seiner deutschen Kappe alle bedecken möchte, deren Mütter die deutsche Sprache redeten. Er eifert gegen den Sonderbund in Deutschland, will aber mit aller Gewalt einen in Europa machen. Der Herr erhebe sich doch bis zur Menschheit, er werde Mensch! dann wird ihm ein Zopf von solcher Dicke gewiß recht lächerlich vorkommen. Sind denn die Menschen, welche eine andere Sprache gelernt haben, oder unter eine andere Gesellschaft gekommen sind, weniger unsere Brüder? oder stehen sie sich entfernter als der Schlesier vom Würtemberger? Wer hat denn den einen zum Deutschen, den andern zum Franzosen, Schweizer, Russen ꝛc. gemacht? doch nur der Zopf. Je mehr wir unsere deutschen Kappen loben, desto schöner müssen auch die Polen, die Russen ꝛc. die ihrigen finden, und über dem Streite wegen der Kappen vergessen und verderben wir den, der sie oft unwissend oder auch mit Widerwillen trägt. O Zopf! warum hängst du doch immer hinten?

Hofmann.

Anfrage an das Schifffahrt bedürfende Publikum.

Während die Frachtsätze für Beförderung der Güter zu Wasser bereits durch die Concurrenz auf das Minimum reduzirt worden, haben sich in neuerer Zeit einige Personen zusammengerottet, welche ihre Ansäßigkeit in Breslau dazu benutzen, um allen Frachtverkehr an sich zu reißen und dabei Preise zu stellen, bei welchen nach den zeitherigen Erfahrungen Niemand bestehen kann. Dieselben führen aber die Frachten nicht selbst aus, sondern vergeben solche in ihrer angenommenen Eigenschaft als Procureurs anderweitig, und beziehen einen Rabatt, welcher dem Gewerbetreibenden an dem Lohne für seine Mühewaltung entgeht. Eine Garantie sind diese Procureurs zu leisten eben so wenig Willens wie im Stande, und der Frachtgeber hat demnächst das Risico, daß seine Fracht Personen anvertraut ist, die er gar nicht kennt. Das handeltreibende Publikum würde jedes Risico ausschließen, und dasjenige ersparen, was die sogenannten Procureurs an Rabatt beziehen, wenn es direkt mit denjenigen Schiffern unterhandelte, welche die Schifffarth selbstständig betreiben und welche für ihre Pünktlichkeit sich jedenfalls mehr respectabler machen als Zwischenpersonen, deren Thätigkeit sich nur auf das Beziehen eines Rabatts beschränkt.

Mehrere Schifffahrttreibende.

Christkatholische Gemeinde.

Am 9. d. fällt der Frühgottesdienst hierselbst wegen einer anderweitigen Volksversammlung aus; der Nachmittags-Gottesdienst wird durch Herrn Prediger Vogtherr und in Königshuld durch Herrn Prediger Wagner abgehalten werden.

V.

Theater-Repertoire.

Sonnabend, zum 3ten Male: **„Zopf und Schwert."** Historisches Lustspiel in 5 Akten von Karl Gutzkow. — Nach dem zweiten Akte: **Letzte Kunstproduktion des Hrn. Amodio Neupert vom Astley-Royal-Theatre in London:** Die japanischen Spiele auf Pyramiden von Krystall-Karaffen auf einer Höhe von 12 Fuß.

Sonntag, zum 2ten Male: **„Martha", oder: „Der Markt zu Richmond."** Oper mit Tanz in 4 Abtheilungen (theilweise nach einem Plane von St. Georges) von W. Friedrich, Musik von Friedrich v. Flotow.

F. z. ☉. Z. 10. IV. 6. J. ☐. I.

H. 11. IV, 6. J. ☐. II.

Verbindungs-Anzeige.

Als Vermählte empfehlen sich:

Bertha Schlesinger, geb. Süßmann.
Silvius Schlesinger.

Landsberg, den 5. April 1848.

Entbindungs-Anzeige.

Die heute früh 5¼ Uhr glücklich erfolgte Entbindung meiner lieben Frau Agnes, geb. von Prittwitz-Gaffron, von einem gesunden starken Knaben, beehre ich mich, statt jeder besonderen Meldung, hierdurch anzuzeigen.

Gallowitz, den 7. April 1848.

E. v. Lieres.

Entbindungs-Anzeige.

Gestern Abend wurde meine liebe Frau, Charlotte, geb. Martin, von einem muntern Knaben glücklich entbunden.

Löwen, den 7. April 1848.

F. Hoppe, Bahnhofs-Inspektor.

Todes-Anzeige.
(Statt besonderen Meldung.)

Heute früh 3¾ Uhr starb unser geliebter Sohn und Bruder Gustav Beindorff, Produkten-Verwalter der Laurahütte, am Nervenfieber, in dem Alter von 29 Jahren 9 Monaten. Tief betrübt und um stille Theilnahme bittend, zeigen dies allen Verwandten und Freunden an:

die Hinterbliebenen.

Königshütte, den 5. April 1848.

Todes-Anzeige.

Den 4ten d. M. Mittags halb 12 Uhr starb unsere innigst geliebte jüngste Schwester Hermine Reinert nach langen Leiden an der Lungenschwindsucht. Allen entfernten Verwandten und den vielen Freunden der Verewigten beehren wir uns dieses so schmerzliche Ereigniß, mit Bitte um stille Theilnahme ganz ergebenst mitzutheilen.

Burkersdorf, den 6. April 1848.

Die Geschwister Reinert.

Ein kleineres Haus mit Garten vor dem Thore im Preise von 3—4000 Rthlr. wird zu kaufen gesucht. **F. H. Meyer,** Weidenstr. Nr. 27.

Todes-Anzeige.

Heute Nacht 1¾ Uhr starb unser herzlich geliebter Sohn Carl im Alter von 2¾ Jahren nach 10tägigen namenlosen Leiden an Gehirnentzündung und hinzugetretener Lungenlähmung. Verwandte und Freunde werden uns stille Theilnahme nicht versagen.

Breslau, den 7. April 1848.

Fr. Meyer nebst Frau.

Todes-Anzeige.

Heute Morgen gegen 1 Uhr entschlief sanft nach langen Leiden unser geliebter Vater, der frühere Gutsbesitzer Carl Gottlob Näther, im Alter von 57 Jahren, was wir hiermit Verwandten und Freunden ergebenst anzeigen.

Breslau, den 7. April 1848.

Herrmann Näther.
Julius Näther.

Todes-Anzeige.

Nach vielen Leiden starb heute Morgen um 4 Uhr unsere geliebte Tochter Hedwig, 6 Jahr 7 Monate alt. Tiefgebeugt zeigen wir diesen schmerzlichen Verlust Verwandten und Freunden mit der Bitte um stille Theilnahme an.

Breslau, den 7. April 1848.

Frhr. v. Vogten, Stadtgerichts-Rath.
Angelika v. Vogten, geb. Baumeister.

Liegnitzer landwirthschaftl. Verein.

Allgemeine Versammlung am 17ten April d. J. in dem Lokale des Restaurateur Hrn. Wintig, wobei die Frage zur Erörterung gestellt werden soll, ob das erforderliche Material an zu prämiirenden und käuflichen Vieh behufs der Abhaltung des Thierschaufestes zu gewärtigen sei.

Liegnitz, den 6. April 1848.

Der Vorstand.
v. Merkel. v. Nickisch. v. Sydow. Thaer. v. Wille.

Danksagung.

Der wohllöblichen Bürgergarde, so wie allen Freunden, die meinem Sohne, dem Kaufmann **A. Jacob** bei dessen Beerdigung am 6. April die letzte Ehre erwiesen haben, sage ich hierdurch meinen wärmsten Dank.

W. S. Jacob, aus Glogau.

Einen mit sehr günstigen Zeugnissen ausgestatteten Kandidaten des höheren Lehramtes, der geläufig Flügel spielt, fertig französisch spricht, auch in den übrigen Lehrgegenständen Zöglinge für Gymnasien gründlich vorbereiten kann und eine Hauslehrestelle anzunehmen wünscht, — empfiehlt der Konsistorialrath Böhmer in Breslau, Schuhbrücke Nr. 38.

Buchhandlung Ferd. Hirt in Breslau u. Ratibor.

Im Verlage des Unterzeichneten ist erschienen und an alle Buchhandlungen versandt worden, in **Breslau** und **Ratibor** bei **Ferdinand Hirt**, in Krotoschin bei Stock:

Denkwürdigkeiten über Italien.

Von General Wilhelm Pepe.

Erster Theil. Preis 1 Rthl.

Zürich. Friedr. Schultheß.

☞ **Für Auswanderer empfohlen.**

In Baumgärtner's Buchhandlung zu Leipzig ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in **Breslau** und **Ratibor** bei **Ferdinand Hirt**, in Krotoschin bei Stock vorräthig:

Das Auswanderungsbuch,

oder: **Führer und Rathgeber bei der Auswanderung nach Nordamerika und Texas,** in Bezug auf Ueberfahrt, Ankunft und Ansiedelung, nebst einer vollständigen Schilderung des geographischen, politischen und geselligen Zustandes jener Länder und genauer Erörterung aller bei der Auswanderung zu berücksichtigenden Punkte. Größtentheils nach eigener Auffassung, während eines zweijährigen Aufenthalts in Amerika. Herausg. von **Moritz Beyer,** vormal. Oekon.-Insp. und Prof. der Landwirthschaft. **Zweite, unveränderte Auflage.**

Mit einem Holzschnitt. 8. Broch. Preis 15 Sgr.

☞ Die erste Auflage erschien im Jahre 1846, und sprach so an, daß schon wenige Monate darauf eine zweite nöthig wurde.

Der englische Dolmetscher.

Ein Hülfsbuch zur leichten Erlernung des engl. Sprechens. Mit einer kleinen Grammatik. Zunächst für Reisende und Auswanderer nach Nordamerika. Von **L. A. Albert,** engl. Sprachlehrer. 8. Eleg. broch. 10 Sgr.

In unserem Verlage erschien so eben und ist durch alle Buchhandlungen zu erhalten, in **Breslau** und **Ratibor** bei **Ferdinand Hirt,** in Krotoschin bei Stock:

Der französische Sprechsaal.

Sammlung eigenthümlicher und gewählter Wendungen der neuesten französischen Umgangssprache,

mit deutscher Uebersetzung.

Für den höhern Schul- und Privatgebrauch.

Von Professor L. Bischoff, Gymnasial-Direktor.

8. Eleg. broch. Preis 15 Sgr.

Der Herr Verfasser bittet im Vorwort „diese Sammlung nicht unter die große Zahl der gewöhnlichen Anleitungen zum Französischsprechen zu werfen: durch eine Zusammenstellung von eigenthümlichen und gewählten Ausdrucksweisen der französischen Umgangssprache, wie sie in der gebildeten heutigen pariser Welt Geltung gewonnen hat, entnommen aus wirklichen französischen Schriftstellern der besten Farbe, soll hier dem Deutschen, der sich ein wirkliches Französisch, nicht ein vulgaires Zerrbild desselben aneignen will, ein Beitrag zur Erleichterung seines Strebens geliefert werden."

M. Du-Mont-Schauberg'sche Buchhandlung in Köln.

Am heutigen Tage habe ich mein in der Reuschenstraße Nr. 60 belegenes Spezerei-Waaren-Geschäft dem Kaufmann Herrn **R. Zahn** käuflich überlassen.

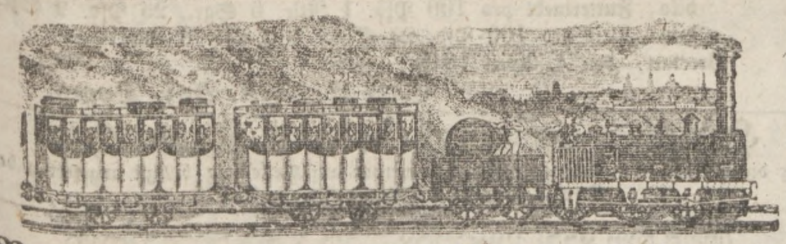
Aktiva und Passiva ordne ich selbst.

Breslau, den 6. April 1848. **Johann Carl Elsner.**

Auf obige Anzeige mich beziehend, habe ich das in der Reuschenstraße Nr. 60 belegene Spezerei-Waaren-Geschäft käuflich übernommen, und werde ich bemüht sein, durch Reellität das Vertrauen eines geehrten Publikum mir zu erwerben.

Breslau, den 6. April 1848. **Rudolph Zahn,** Reuschestraße 60, im schwarzen Adler.

Bei **Wilh. Jacobsohn u. Comp.**, Kupferschmiedestraße Nr. 44, sind antiquarisch vorräthig: Schillers sämmtliche Werke 12 B. f. 4 Rt. Börne's gesamm. Schriften 8 B. 2 Rt. Körner's sämmtl. W. in 1 B. $1\frac{2}{3}$ Rt. Rabner's s. W. 4 B. $1\frac{1}{2}$ Rt. Gellert's sämmt. W. 10 B. $1\frac{2}{3}$ Rt. Sue, Geheimnisse von Paris, eleg. geb. $1\frac{1}{3}$ Rt. Wachler's Handb. der Gesch. und Literat. 4 B. (letzte Aufl.) Ldnpr. $10\frac{1}{2}$ Rt. f. 6 Rt. Rotteck's allgem. Weltgesch. 9 Bde. 1845 (neu) 4 Rt. Böttiger, Gesch. d. Deutschen 2 B. mit Stahlst. $1\frac{1}{2}$ Rt. Jahn, deutsches Volksthum $\frac{2}{3}$ Rt. Springer, Statistik von Oesterreich 15 Sg. Bromme, Nordamerika's Bewohner, Schönheiten und Naturschätze mit 50 Kupfert. 1839. anst. 5 Rt. f. 2 Rt. Meier's Universum 1—6. Jahrg. à $1\frac{1}{3}$ Rt. Knies Dörferverzeichniß $1\frac{1}{2}$ Rt. Wimmer's Flora von Schlesien 2 Bde. 1844—45. 2 Rt. Kirchhoff's landwirthschaftl. Conversations-Lexikon 9 Bde. 1842. eleg. geb. Ladenpr. $18\frac{2}{3}$ Rt. f. 10 Rt. Wörterbücher: Latein. von Georges, Lünemann, Kraft u. m. a.; griech. von Pape, Passow, Rost u. m. a.; franz. von Mollé, Schmidt, Thibeaut; engl. von Kaltschmidt, Thieme u. m. a.; italien. von Jagemann u. m. a.: ebräische von Gesenius; arabische von Gaspari. — **Sämmtliche Schulbücher zum bevorstehenden neuen Lehrkursus zu sehr mäßigen Preisen.**



Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

Die Herren Aktionäre der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft werden in Gemäßheit des § 24 des Gesellschafts-Statuts zu der auf

Mittwoch den 26. April d. J., Nachmittags 3 Uhr,

im hiesigen Börsenlokale anberaumten diesjährigen **ordentlichen Generalversammlung** ergebenst eingeladen. Diejenigen Herren Aktionäre, welche der Versammlung beiwohnen wollen, haben nach § 29 des Statuts ihre Aktien bis spätestens am 25. April d. J. bis 6 Uhr Abends im Bureau der Gesellschaft vorzuzeigen oder auf eine genügende Weise deren am dritten Orte erfolgte Niederlegung nachzuweisen, zugleich aber ein mit der Namens-Unterschrift versehenes Verzeichniß dieser Aktien in **zwei Exemplaren** zu übergeben, von denen das Eine, mit dem Siegel der Gesellschaft und dem Vermerke der Stimmenzahl versehen, als **Einlaßkarte** zu der Versammlung dient.

Breslau, den 6. April 1848.

Der Verwaltungs-Rath der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft.

Bekanntmachung.

Hierdurch benachrichtigen wir das betreffende Publikum ergebenst, daß wir die seither von d.n Herren Leitgebel und Pietsch in Liegnitz verwaltete Agentur unserer Anstalt dem Herrn **F. W. Schubert** daselbst übertragen haben. Bei demselben sind die Statuten und Antrags-Formulare zu haben, auch wird derselbe jede gewünschte Auskunft ertheilen und die Hülfs-Agenturen namhaft machen.

Berlin, den 29. März 1848.

Direktion der neuen Berliner Hagel-Assekuranz-Gesellschaft.

Die Hülfs-Agenten sind:

in **Lüben** Herr **M. E. Thies,**
" **Haynau** " **A. E. Fischer,**
" **Goldberg** " **Emil Schmeisser,**

die mit Vergnügen Versicherungs-Anträge entgegen nehmen werden.

Liegnitz, am 4. April 1848. **F. W. Schubert.**

Die Eröffnung von Sattler's Kosmoramen

findet heute in dem eigens hierzu errichteten Gebäude in der Ohlauer Vorstadt, im Garten des Herrn Zimmermeister Börner statt. Dieselben sind täglich von Morgens 9 Uhr bis Abends zu sehen. Der Eingang ist von der Promenade über den Bär. Diese Kosmoramen bestehen in einer Auswahl der schönsten und interessantesten Städte, Landschaften und Marineansichten, welche während vieljähriger Reisen durch ganz Europa, Klein-Asien, Syrien, Palästina, Egypten, Nubien und Arabien nach der Natur aufgenommen und mit größter Sorgfalt in Oel gemalt sind. Diese Gegenstände werden in mehreren Abtheilungen, jede aus 15 Bildern bestehend, während meiner hiesigen Anwesenheit in gewissen Zeiträumen zur Ausstellung kommen, die in der ersten Aufstellung vorkommenden Gegenstände enthält der Anschlagezettel. Das Entree ist à Person 5 Sgr. Kinder die Hälfte.

Hubert Sattler.

Im Gasthofe zur goldnen Gans
Shawls und Umschlagetücher

um die Hälfte der gewöhnlichen Fabrikpreise:

Long-Shawls (4 Doubles) in reiner Wolle, so wie in Cachemir, von 16 bis 40 Rthlr.

Umschlagetücher, erster Größe, dito von 6 bis 25 Rthlr.
dito in Halbwollen, von $1\frac{5}{6}$ bis 5 Rthlr.

Der Verkauf findet nur bis Montag den 10. April statt.

In der Buchhandlung von **Schulz und Comp.** in **Breslau,** Altbüßerstraße Nr. 10, an der Magdalenenkirche, ist erschienen:

Flora der Umgegend von Breslau.

Von Dr. **H. Scholz.**
Preis geb. 25 Sgr.

In der Buch- und Kunsthandlung von **Eduard Trewendt** in **Breslau** ist eben eingetroffen:

Entwurf zu einem deutschen National-Parlament,

von Prof. **K. Hagen** in Heidelberg.
Preis 2 Sgr.

Indem ich die Herren Handlungsdiener auf das Inserat des Herrn Louis Spiegel in Nr. 41 des hiesigen Handelsblattes aufmerksam mache, erkläre ich mich mit dem am Schlusse ausgesprochenen Wunsche völlig einverstanden.

Louis Kalinke.

Musikalische Abendunterhaltung in der Baierischen Bierhalle, am Nemarkt, im Einhorn.

Cursus der polnischen Sprache.

Da es nicht unmöglich ist, daß die Verhältnisse, welche bisher dem freien Verkehr zwischen Deutschen und Polen hemmend in den Weg getreten sind, eine für beide Theile vortheilhafte Aenderung erfahren und dann auch die Nothwendigkeit sich herausstellen dürfte, daß von deutscher Seite einer Sprache mehr Aufmerksamkeit gewidmet werde, die ihrer Tiefe und Reichhaltigkeit wegen ein gründliches Studium so sehr verdient, und deren Kenntniß gewiß manche erfreuliche Beziehung zwischen beiden Nationen wesentlich zu vermitteln im Stande ist; — so habe ich, seit Jahren schon bemüht, nach Kräften diese Annäherung in meinem, wenn auch bis jetzt noch beschränkten Wirkungskreise zu fördern, es für zeitgemäß erachtet, im Laufe des April einen Cursus der polnischen Sprache zu eröffnen.

Ich erlaube mir dazu alle Diejenigen, welche daran Theil zu nehmen beabsichtigen, mit der Bitte einzuladen, sich Behufs näherer Rücksprache in den Nachmittagsstunden zwischen 2 und 3 Uhr zu mir zu bemühen.

J. N. Fritz,
concessionirter Lehrer der französischen und polnischen Sprache, und Vorsteher einer Erziehungsanstalt für Knaben, in Breslau, neue Schweidnitzer Straße Nr. 3c.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier in der Friedrich-Wilhelmsstraße Nr. 8 und in der neuen Kirchgasse Nr. 1, 2 und 3 belegenen, dem Kaufmann Jakob Joseph Schweitzer gehörigen, auf 23,319 Rthlr. 18 Sgr. geschätzten Hauses, haben wir einen Termin **auf den 11. Mai 1848 Vormittags 10 Uhr** vor dem Herrn Stadt-Gerichtsrath Schmidt in unserm Parteienzimmer anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 15. Oktober 1847.
Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier zu Nr. 18 der Tauenzienstraße gehörig gewesenen, an der Flurstraße belegenen, dem Töpfermeister August Minetzky gehörigen, auf 14674 Rthl. 13 Sgr. 6 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf

den 8. Juni 1848 Vorm. 11 Uhr

vor dem Hrn. Ober-Landes-Gerichts-Assessor Meyer in unserm Parteien-Zimmer anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Zu diesem Termine werden hierdurch vorgeladen: 1) das Fräulein Emma v. Böhm; 2) der Wasa v. Böhm, 3) der Rittergutsbesitzer Fr. Hahn auf Kaisersmalde bei Habelschwerdt, und 4) der Gutsbesitzer Fr. Hahn auf Zeschdorf und Karolinenthal, Kr. Frankfurt a. d. O.

Breslau, den 18. Novbr. 1847.
Königl. Stadt-Gericht II. Abtheilung.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe der hierselbst unter Nr. 53a und 54 der Klosterstraße belegenen, dem Zimmermeister Josef Morawe gehörigen, auf 32,203 Rthlr. 6 Sgr. 3 Pf. geschätzten Grundstücke, haben wir einen Termin auf den **8. September 1848** Vormittags 10 Uhr vor dem Herrn Stadt-Gerichts-Rath Schmidt in unserm Parteien-Zimmer anberaumt. Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 14. Februar 1848.
Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

Aufruf.

Da bei der am 4., 5. und 11. Mai c. abgehaltenen 94. Auktion der im hiesigen Stadt-Leihamte verfallenen Pfänder und zwar:

a) aus dem Jahre 1842.
Nr. 27,507. 29,519.

b) aus dem Jahre 1843.
Nr. 34,082. 34,444. 39,903. 41,639.
42,315. 44,761. 46,404.

c) aus dem Jahre 1844.
Nr. 1,478. 6,965. 8,209. 9,557. 10,525.
11,336. 11,348. 12,190.

d) aus dem Jahre 1845.
Nr. 13,098. 13,171. 14,134. 14,646.
15,073. 15,169. 15,170. 16,450.
17,756. 18,640. 18,725. 18,897.
20,910. 23,129. 23,916. 23,974.
24,338. 24,638. 24,703. 24,850.
25,000. 25,124. 25,271. 25,301.
25,437. 25,852. 25,933. 26,047.
26,461. 26,498. 26,736. 27,134.
27,142. 27,184. 27,380. 27,508.
27,804. 27,848.

e) aus dem Jahre 1846.
Nr. 27,943. 28,101. 28,138. 28,330.
28,344. 28,613. 29,220. 29,451.
29,618. 29,715. 30,060. 30,093.
30,225. 30,449. 30,489. 30,580.
30,603. 30,621. 30,640. 30,687.
30,783. 30,794. 30,805. 30,882.
30,923. 30,931. 30,950. 31,191.
31,479. 31,626. 31,664. 31,665.
31,748. 31,753. 31,794. 32,025.
32,081. 32,553. 32,575. 32,578.
32,594. 32,903. 33,087. 33,097.
33,124. 33,239. 33,347. 33,500.
33,565. 33,611. 33,897. 33,988.
34,069. 34,403. 34,784. 34,790.
35,239. 34,924. 34,970. 35,151.
35,675. 35,454. 35,560. 35,673.
34,827. 35,704. 35,843. 35,850.
35,952.

sich ein Ueberschuß ergeben hat, so werden die betheiligten Pfandgeber hiermit aufgefordert, sich bei dem hiesigen Stadt-Leih-Amte von jetzt ab bis spätestens zum

13. Juli 1848

zu melden und den nach Berichtigung des Darlehns und der davon bis zum Verkauf des Pfandes aufgelaufenen Zinsen, so wie des Beitrages zu den Auktions-Kosten verbliebenen Ueberschuß, gegen Quittung und Rückgabe des Pfandscheines in Empfang zu nehmen, widrigenfalls die betreffenden Pfandscheine mit den daraus begründeten Rechten der Pfandgeber als erloschen angesehen und die verbliebenen Ueberschüsse der städtischen Armen-Kasse zum Vortheile der hiesigen Armen überwiesen werden sollen.

Breslau, den 7. Juni 1847.
Der Magistrat
hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Anerbieten.

Ein junger Kaufmann hier am Platze kann neben seinem Geschäft noch andere schriftliche Arbeiten zu einem billigen Honorar annehmen; darauf Reflektirende erfahren Näheres im Gewölbe, Schmiedebrücke Nr. 54.

Bekanntmachung.

Bei der bevorstehenden Theilung des Nachlasses des zu Sambowitz am 16. Juli 1840 verstorbenen Erb- und Gerichtsscholzen Johann Gottlob Herrmann werden die etwaigen unbekannten Erbschafts-Gläubiger aufgefordert, ihre Ansprüche binnen 3 Monaten anzumelden, widrigenfalls dieselben damit nach § 137 ff. Tit. 17 Th. I. des Allg. Landrechts an jeden einzelnen Miterben nach Verhältniß seines Erbtheils werden verwiesen werden.

Breslau, den 18. Jan. 1848.
Königl. Landgericht.

Subhastations-Patent.

Zum öffentlichen Verkauf des unter Nr. 51 der Goldberger Vorstadt von Liegnitz belegenen Hauses, welches auf 5020 Rt. 25 Sg. gerichtlich abgeschätzt worden, ist ein Termin auf den

28. Septbr. d. J. Vormittags um 10 Uhr

in unserem Gerichtslokale anberaumt worden. Die Taxe und der neueste Hypothekenschein können in den gewöhnlichen Amtsstunden in unserer Prozeß-Registratur eingesehen werden.

Liegnitz, den 11. März 1848.
Königl. Land- und Stadt-Gericht.
Kügler.

Auktion. Am 10. April, Mittags 12 Uhr, sollen in Nr. 3 Junkernstraße
die Oefen dreier Destillations-Apparate, so wie ein Schurz und ein circa 60 Fuß hoher Schornstein
Behufs sofortigen Abbruchs versteigert werden.

Mannig, Aukt.-Kommiss.

Auktion. Am 11. April, Vorm. 10 Uhr, sollen in Pöpelwitz bei Breslau
750 Ctnr. russisches Schrotmehl in Partien öffentlich versteigert werden. Der Ort, wo die Auktion stattfinden soll, wird durch die Sonntags-Zeitung bekannt gemacht werden.

Mannig, Aukt.-Kommiss.

Erziehungs-Anerbieten.

Die Familie eines wissenschaftlich gebildeten Mannes kann noch einen Knaben, welcher eine der höheren Schulanstalten hierselbst besuchen soll, zur Erziehung in Pension nehmen. Umsichtige Anleitung und Nachhilfe in allen Gegenständen des Gymnasialunterrichts, gewissenhafte Ueberwachung des sittlichen Betragens und der gesellschaftlichen Bildung, Anleitung zur französischen Conversation, so wie sorgsame häusliche und sehr liebreiche mütterliche Pflege können verbürgt werden. Nähere Auskunft ertheilt der Privatgelehrte **Lichhorn,** Tauenzienstr. 7, Mittags zwischen 12—2 Uhr.

Mehrere erfahrene Brennerei-Inspektoren, welche sich nachträglich mit den neuesten Fortschritten in der Brennerei und Kartoffel-Bierbrauerei in dem von mir zu Berlin vorgestandenen landwirthschaftlich-technischen Institute vertraut gemacht haben, kann ich den Herren Gutsbesitzern zur Leitung von Brennereien bestens empfehlen.

Dr. W. Keller in Berlin,
Holzgartenstraße 5.

Demoiselles, welche in Putzarbeiten geübt sind, finden bald Beschäftigung, eben so werden auch Lehrmädchen angenommen bei Ch. Hirschfelder, Riemerzeile Nr 15.

Ein Oekonom findet ein Unterkommen.

Tralles, Messergasse Nr. 39.

Horn-Konzert

findet im Laufe dieses Sommers Montag, Mittwoch und Sonnabend von der 6ten Artillerie-Brigade auf dem Weidendamme statt, wozu ergebenst einladet: **Schlensog.**

Guter Hopfen

ist billig zu verkaufen in der Oder-Vorstadt, im polnischen Bischof.

Eine Wirthschafterin

wird gesucht in ein Kaffeehaus nahe bei Breslau, auch wäre es gut, wenn dieselbe etwas von der Viehwirthschaft verstände. — Auskunft geben sofort in Breslau:

Kehl und Thiel,
Ohlauer Straße Nr. 52, goldene Axt.

Ein **Lehrling,** wo möglich christlicher Konfession, wird gesucht in dem Produkten-Geschäft Karlsstraße Nr. 41, 1 Treppe hoch.

Makulatur

in Rießen ist Herrenstraße Nr. 20 in der Buchhandlung zu verkaufen.

Ein anständiges, gewandtes, junges, freundliches Mädchen von außerhalb sucht ein Unterkommen als Laden- oder Stubenmädchen und kann sogleich antreten. Näheres bei **E. Berger,** Bischofstr. Nr. 7.

Ein vollständig eingerichteter Gasbereitungs-Apparat nebst den dazu gehörigen Kronleuchtern rc. ist für ein größeres Etablissement sehr billig zu verkaufen. Näheres durch **F. H. Meyer,** Weidenstr. Nr. 27.

Ein Restaurations-Lokal sehr gut gelegen weiset zur sofortigen Uebernahme nach
F. H. Meyer, Weidenstr. Nr. 27.

Herrenstraße sind zwei elegant möblirte Zimmer, als auch eine Wohnung von 6 Piecen mit freundlicher Küche von Johanni d. ab zu vermiethen, wenn es jedoch gewünscht wird, auch sofort zu beziehen. Näheres wird Herr P. L. Göldner, Albrechtsstr. Nr. 11 die Güte haben mitzutheilen.

Zu vermiethen Johannis 2 auch 3 Stuben, 1 große lichte Küche mit Ausguß und Gelaß 3 Tr. hoch im Hofe, Karlsstr. Nr. 46.

Eine Sommerwohnung,
bestehend in Entree, 2 Stuben und schöner Küche, ist sofort in dem großen Garten Sterngasse Nr. 6 zu vermiethen.

Friedrichsstraße Nr. 3 vor dem Schweidnitzerthore, ist ein, im hohen Parterre belegenes Quartier, bestehend aus 3 Stuben, Schlafkabinet, Kochstube und Entree für 100 Rthlr. zu vermiethen, und Johannis beziehbar. Das Nähere daselbst beim Maurermstr. **Preußler.**

Während der Jahrmärkte
ist Schmiedebrücke Nr. 61 nahe am Ringe, ein schönes Vorder-Zimmer in der ersten Etage, gut möblirt, billig zu vermiethen.

Ohlauerstraße Nr. 43
sind zu Johanni in der ersten Etage zu vermiethen: 1) Eine Wohnung, bestehend aus 7 Piecen, nebst sehr bequemen Beigelaß für 250 Rtlr. 2) Eine etwas kleinere Wohnung, gleichfalls mit allem erforderten Beigelaß versehen, für 200 Rtlr. Näheres im 2. Stock.

Ohlauerstraße Nr. 43 ist ein Geschäftslokal nebst Wohnung zu Johanni zu vermiethen.

Wohnungs-Anzeige.
Alsbald oder auch in Termino Johanni a. c. eine Wohnung im ersten Stock des Hauses Nr. 15 in der Breiten Strasse, bestehend aus 5 Stuben, Domestiquen-Stube, Küche, Speisekammer und verschliessbarem Entree, so wie dazu gehörigem Keller und Bodengelass. Näheres eben daselbst beim Wirth, 3te Etage, in den Vormittagsstunden.

Matthiasstraße Nr. 8 ist die Parterre-Wohnung nebst Pferdestall zu vermiethen.
Näheres in der Klaren-Mühle.

Termin Johanni ist Hummerei Nr. 57 Ecke der Schweidnitzerstraße, die Hälfte der zweiten Etage, bestehend aus 4 Zimmern nebst Beigelaß an einen soliden Miether zu vergeben. Näheres im Gewölbe.

Neumarkt Nr. 6 ist zu Johannis eine herrschaftliche Wohnung zu beziehen.

Matthiasstraße Nr. 80 ist eine Wohnung von 3 Stuben, Cabinet, nebst Kochstube und Zubehör zu vermiethen. Näheres Oderstraße Nr. 13, zwei Stiegen.

Ein Verkaufsgewölbe ist Stockgasse Nr. 8 zu vermiethen.

Matthiasstraße Nr. 85 ist eine Wohnung für 10 Thlr. vierteljährlich im ersten Stock vornheraus zu vermiethen und bald zu beziehen.

Nikolaistraße Nr. 48
ist der erste und zweite Stock zu vermiethen. Das Nähere Neue Schweidn. Str. 4a par terre.

Albrechtsstraße Nr. 39
ist der erste Stock von 10 Stuben, neu restaurirt, ganz oder getheilt, und der zweite Stock halb, enthaltend 6 Stuben, bald oder zu Johannis zu vermiethen.

Altbüßerstraße Nr. 61, Ecke der Junkernstraße, ist in der ersten Etage ein Quartier von Entree, 2 Stuben, Kabinet, Küche, Boden und Keller zu vermiethen und Johannis zu beziehen.

☞ **Wohnungs-Anzeige.**
Eine herrschaftliche Wohnung, bestehend aus 5 Piecen und Entree nebst Zubehör, ist zu vermiethen und zu Johannis d. J. zu beziehen: Ohlauer Straße in den 3 Kränzen neben dem alten Theater.

Ein elegantes, beinahe neues **Schaufenster** ist in Nr. 4 Sandstraße eine Treppe hoch zu verkaufen.

Zwei Sommer-Quartiere,
mit Benutzung eines sehr schönen großen Gartens, sind bald zu vermiethen. Näheres zu erfragen im Comptoir Junkernstraße 19.

Zu vermiethen
und bald zu beziehen sind sechs Zimmer mit Beigelaß, Ring Nr. 32, 3 Stiegen vorn, 3 Zimmer mit Küche und Küchenstube, zwei Stiegen vorn, — eine möblirte Stube eine Stiege vorn, — 1 Gewölbe. Das Nähere beim Hausbesitzer, Kränzelmarkt Nr. 1.

Zu vermiethen
hierorts ist in einem am Ringe gelegenen massiven Hause eine herrschaftliche Wohnung von 5 Stuben nebst allem Gelaß, Wagen-Remise und Pferdestall von Michaelis d. J. ab. Auskunft darüber ertheilt:
Lippmann Neumann in Prausnitz.

Junkernstraße Nr. 3 ist im Hofe, eine Stiege hoch, eine Stube und Alkove zu vermiethen und sofort oder Johanni zu beziehen.

Zu vermiethen
ist ein offenes Gewölbe, auch als Comtoir zu benutzen, Junkernstraße Nr. 31.

☞ Zu vermiethen und Johannis zu beziehen ist Elisabetstraße Nr. 1 der zweite Stock. Das Nähere daselbst in der Tuch-Handlung.

Tauenzienplatz Nr. 8. ist ein Quartier von 7 bald Piecen, eines von 7 und eins von 4 Piecen zu Johannis d. J. zu vermiethen. Näheres im Kaufmannsladen daselbst.

Zu vermiethen
und Johannis zu beziehen ist Schuhbrücke 61 ein Werkstatt-Lokal von 2 Stuben, großer lichter Küche und Zubehör, par terre. Das Nähere im 2ten Stock vorn heraus.

Zu vermiethen und sofort zu beziehen ist Schuhbrücke Nr. 61 der 1ste Stock von drei Stuben, Kabinet, lichter Küche und Zubehör, mit und ohne Stall und Wagenplatz. Das Nähere im 2ten Stock, vorn heraus.

Büttnerstraße Nr. 4 ist
1) die 1ste Etage, bestehend in 7 Piecen nebst Zubehör zu Johannis, und
2) ein Komptoir nebst Remisen, Keller und Bodenraum, im Ganzen oder getheilt sofort zu vermiethen.

Eine Wohnung
im ersten Hause rechts an der Kleinburger Chaussee ist sogleich zu beziehen und zwei Treppen rechts zu erfragen.

Ein Gewölbe
ist zu vermiethen und bald oder Johannis zu beziehen: Malergasse Nr. 15.

Wollzelte verleihen:
Hübner u. Sohn, Ring 35, 1 Treppe.

Für Strohhutwäscher
empfiehlt eingebrannte Nummern:
C. Wolter, große Groschengasse Nr. 2.



Ein starkes, fehlerfreies Pferd, fünf Jahre alt, steht billig zu verkaufen: Matthiasstraße Nr. 5.



Neue von mir gefertigte Brückenwaagen sind stets vorräthig. Breslau, Nikolai-Vorstadt, Kurzegasse Nr. 6.
Schönfelder,
Brückenwaagen-Fabrikant.

Ein brauner, 6jähriger Wallach (Posener Gestüt) gut eingefahren und geritten, ist Veränderungshalber zu verkaufen. Näheres Neue Schweidnitzerstraße Nr. 1, par terre.

In Langenau bei Hundsfeld steht gemästetes Rindvieh zum Verkauf.

Damen-Kleider,
schön gearbeitet, werden billigst verfertigt bei **Johanna Koch,** Schuhbrücke Nr. 68 par terre.

Zu verkaufen,
1 Sopha 5 Rtlr. 15 Sgr., 1 birkener runder Tisch 2 Rtlr. 15 Sgr., 1 Kleiderschrank 5 Rtlr., 2 Markisen 3 Rtlr., Reuschestraße Nr. 45, 2 Stiegen.

Büchsen mit Hirschfänger
zum Aufstecken liegen **aus einer der besten Fabriken** als Probe bei uns vor. Bestellungen hierauf werden **schleunigst** und in **bester Qualität** ausgeführt. Auswärtige, welche mehrere bestellen, erhalten Ein Stück zur Probe, die ihnen bis nach ausgeführter Bestellung verbleibt.
Hübner u. Sohn, Ring 35, 1 Treppe.

Die **Bierbrauerei** in dem Hause Kupferschmiedestraße Nr. 32. „zu den 3 Engeln" habe ich pachtweise übernommen, ich werde stets ein gutes und kräftiges **Faß- und Flaschen-Doppelbier** verabreichen und bitte um zahlreichen Besuch.
Wilhelm Schreiber, Kretschmer.

Kiefer-, Lerchenbaum-, Birken-, so wie alle übrigen Forstsaamen, desgl. **Luzern-Klee, Esparsette, langrankigen Knörich,** alle Sorten **Futtergräser** rc. rc. offerirt in frischer Waare zu den billigsten Preisen:
die Samenhandlung **Julius Monhaupt,** Albrechtsstraße Nr. 45.

Eine in der Aufsichtsführung über Kinder geübte Person kann sich sofort melden Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 10.

Zwei Aushängeschränke
werden zu kaufen gesucht von Wilh. Jacobssohn u. Comp., Kupferschmiedestr. 44.

Amerikanische Mühle bei der Kunst,
Ende der Herrenstraße Nr. 18, an den Mühlen.
Wir verkaufen jetzt versteuert:

Fein **Weizenmehl** Nr. I. pro 100 Pfd. 3 Rtl. 14 Sgr., 25 Pfd. 26 Sgr.
dito Nr. II. pro 100 Pfd. 3 Rtlr., 25 Pfd. 22½ Sgr.
dito Nr. III. pro 100 Pfd. 2 Rtl. 14 Sgr., 25 Pfd. 18½ Sgr.
dito Futtermehl, pro 100 Pfd. 1 Rtlr., 25 Pfd. 7½ Sgr.
dito Kleie, pro 100 Pfd. 16 Sgr., 25 Pfd. 4 Sgr.
Fein **Roggenmehl** Nr. I. pro 100 Pfd. 3 Rtlr. 10 Sgr., 25 Pfd. 25 Sgr.
dito Nr. III. pro 100 Pfd. 2 Rtlr. 16 Sgr., 25 Pfd. 19 Sgr.
dito Nr. IV. pro 100 Pfd. 1 Rtlr. 24 Sgr., 25 Pfd. 13½ Sg.
dito Hausbacken pro 100 Pfd. 2 Rtlr. 24 Sgr., 25 Pfd. 21 Sgr.
dito Futtermehl pro 100 Pfd. 1 Rtlr. 6 Sgr., 25 Pfd. 9 Sgr.
dito Kleie pro 100 Pfd. 24 Sgr., 100 Pfd. 6 Sgr.

Breslau, den 4. April 1848.
Carl Ertel u. Jos. Doms.

Hirschfänger-Kuppeln und Kartuschen
für die Bürgerwehr sind vorräthig und werden auf Bestellung billigst angefertigt bei
Louis Pracht, Ohlauer Straße Nr. 76.

מצוח בהכשר ב"ד"צ ד"ק"ק אסטראווע (בלא שום חשש)
sind schön und billig zu haben:
Karlsstraße Nr. 30, im goldenen Hirschel, Remise Nr. 4.

Hierdurch erlaube ich mir mein groß assortirtes
Lager von allen Arten Strohhüten
bestens zu empfehlen. Da ich gesonnen bin, meine Waaren gänzlich zu räumen, verkaufe ich dieselben zu den billigsten Preisen.
Meyer Michaelis aus Halle und Stettin.
Mein Stand ist Naschmarkt 56, im Hause der Parfümeriefabrik des Hrn. Böttcher.

Pfund-Kartoffeln, hauptsächlich zu Saamen,
stehen in beliebiger Quantität zum Verkauf: Albrechtsstraße Nr. 8, im Keller.

Ein junges Mädchen sucht ein Unterkommen als Ladenmädchen, Wirthschafterin oder zur Unterhaltung bei ältlichen Damen. Das Nähere bei Herrn Kaufmann Müller, Junkernstraße Nr. 51.

Eine Wittwe in mittleren Jahren wünscht auf dem Lande als Wirthschafterin bald unterzukommen; zu erfragen bei Herrn Schneider Kahl, Oderstraße Nr. 20, 3 Stiegen.

Breslauer Getreide-Preise
am 7. April 1848.

Sorte:	beste		mittle		geringste	
Weizen, weißer	51	Sg.	46	Sg.	40	Sg.
Weizen, gelber	48	"	44	"	38	"
Roggen	37½	"	33	"	29	"
Gerste	32	"	29	"	26	"
Hafer	25½	"	23	"	21	"

Breslau, den 7. April 1848.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holl. Rand-Duk. 97 Gld. Kaiserl. Duk. 97 Gld. Friedrichsd'or 114¼ Gld. Louisd'or 114 Br. Poln. Court. 90¾ Gld. Oester. Bankn. 96¼ Br. Staats.-Sch.-Sch. per 100 Rtl. 3½ % 70½ Br. Großherz. Pos. Pfandbr. 4% 86 Gld., neue 3½ % 65 Gld. Schles. Pfdbr. à 1000 Rtl. 3½ % 90¼ Br., Lit. B. à 1000 Rtl. 4% 89 Br., dito à 1000 Rtl. 85¾ Gld. Alte poln. Pfdbr. 4% 77¾ Gld., neue 77¾ Gld. — Eisenbahn-Aktien: Bresl.-Schweidn.-Freib. 4% 74¾ Gld. Niederschl.-Märkische 3½ % 60 Gld. Köln-Mindener 3½ % 65¼ Br. Friedr.-Wilh.-Nordb. 34¼ Br.

(Börsen-Bericht.) Geld-Sorten und Fonds. Holl. u. kaiserl. vollw. Duk. 97½ Gld. Friedrichsd'or 114½ Gld. 114¾ Br. Louisd'or, vollw. 113¾ Br. Poln. Papierg. 91 bez. u. Gld. Oester. Bankn. 96 Br. Staats-Sch.-Sch. 3½ % 70 Br. Bresl. Stadt-Oblig. 3½ % 91 Br. Pos. Pfandbr. 4% 86 Gld., 3½ % 66 bez. Schl. Pfdbr. 3½ % 90 bz. u. Gld., Lit. B. 4% 89 Br., dito 3½ 86 bez. Poln. Pfdbr. 4% alte 78 Gld., 4% neue 77½ u. 78 bez. u. Br. — Eisenbahn-Aktien: Bresl.-Schw.-Freib. 4% 75 bez. u. Br. Niederschl.-Märkische 3½ % 60 Gld. Ost-Rhein. (Köln-Minden) 3½ % 65 Br. Friedr.-Wilh.-Nordb. Zus.-Sch. 4% 34 bez.

Coursbericht. Berlin, den 6. April.

Niederschl. 3½ % 60 Br. 59½ Gld. Köln-Minden 3½ % 64½ bez. u. Gld., Prior. 4% 76 bez. Rheinische 49 bez. — Quittungsbogen: Nordb. (Fr.-Wilh.) 4% 32¾, ½ u. 33 bez. Posen-Starg. 4% 47½ bez. u. Gld. — Fonds- und Geld-Sorten: Staats-Schuldsch. 3½ % 70 Gld. Pos. Pfandbr. neue 3½ % 64 bez. u. Br. Poln. Pfandbr. neue 4% 82 Gld.

Die Börse gewinnt täglich mehr Festigkeit und die Abgeber werden immer seltener, daher ohne Cours-Steigerungen nichts gekauft werden kann. Vornehmlich beliebt waren heute preuß. Staats-Schuld-Scheine und Berl. Stadt-Obligationen, Beweis genug für die bessere Entwickelung des Vertrauens. Eben so beruhigend ist die Steigerung der ausländischen Fonds, welche besonders bei poln. Pfandbr. eintrat, die zuletzt 83 Gld. blieben. In preuß. Bank-Antheilen wenig Geschäft. Gold, beträchtlich gewichen, wurde 13⅝ pCt. verkauft. Ende der Börse Staats-Schuld-Scheine 71 Gld.

Universitäts-Sternwarte.

4. und 5. April.	Barometer Z.	L.	Thermometer inneres.	äußeres.	feuchtes niedriger.	Wind.	Gewölk.
Abends 10 Uhr.	27	8, 22	+ 13, 10	+ 11, 2	2, 8	5° SW	halbheiter
Morgens 6 Uhr.		7, 74	+ 11, 70	+ 8, 5	1, 6	12° W	ziemlich heiter
Nachmitt. 2 Uhr.		7, 02	+ 14, 00	+ 15, 7	5, 1	84° WNW	fast überwölkt
Minimum.		6, 90	+ 11, 70	+ 8, 5	1, 6	5°	
Maximum.		8, 28	+ 14, 00	+ 17, 2	5, 1	84°	

Temperatur der Oder + 11, 4

5. und 6. April.	Barometer Z.	L.	Thermometer inneres.	äußeres.	feuchtes niedriger.	Wind.	Gewölk.
Abends 10 Uhr.	27	6, 38	+ 12, 90	+ 10, 8	1, 2	30° W	bedeckt, Regen
Morgens 6 Uhr.		6, 12	+ 12, 30	+ 8, 7	0, 5	21° NNW	bedeckt
Nachmitt. 2 Uhr.		5, 16	+ 13, 65	+ 15, 6	4, 4	22° SW	halbheiter
Minimum.		4, 92	+ 12, 25	+ 8, 4	0, 5	0°	
Maximum.		6, 38	+ 13, 85	+ 16, 1	4, 4	80°	

Temperatur der Oder + 11, 8

Der vierteljährige Abonnements-Preis für die Breslauer Zeitung in Verbindung mit ihrem Beiblatte: „Die Schlesische Chronik," ist am hiesigen Orte 1 Thlr. 27½ Sgr.; für die Zeitung allein 1 Thlr. 15 Sgr. Die Chronik allein kostet 20 Sgr. Auswärts kostet die Breslauer Zeitung in Verbindung mit der Schlesischen Chronik (incl. Porto und Stempel) 2 Thlr. 20 Sgr.; die Zeitung allein 2 Thlr. 7½ Sgr.; die Chronik allein 20 Sgr.; so daß für die Chronik kein Porto angerechnet wird.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp. Redakteur: Dr. J. Nimbs.